

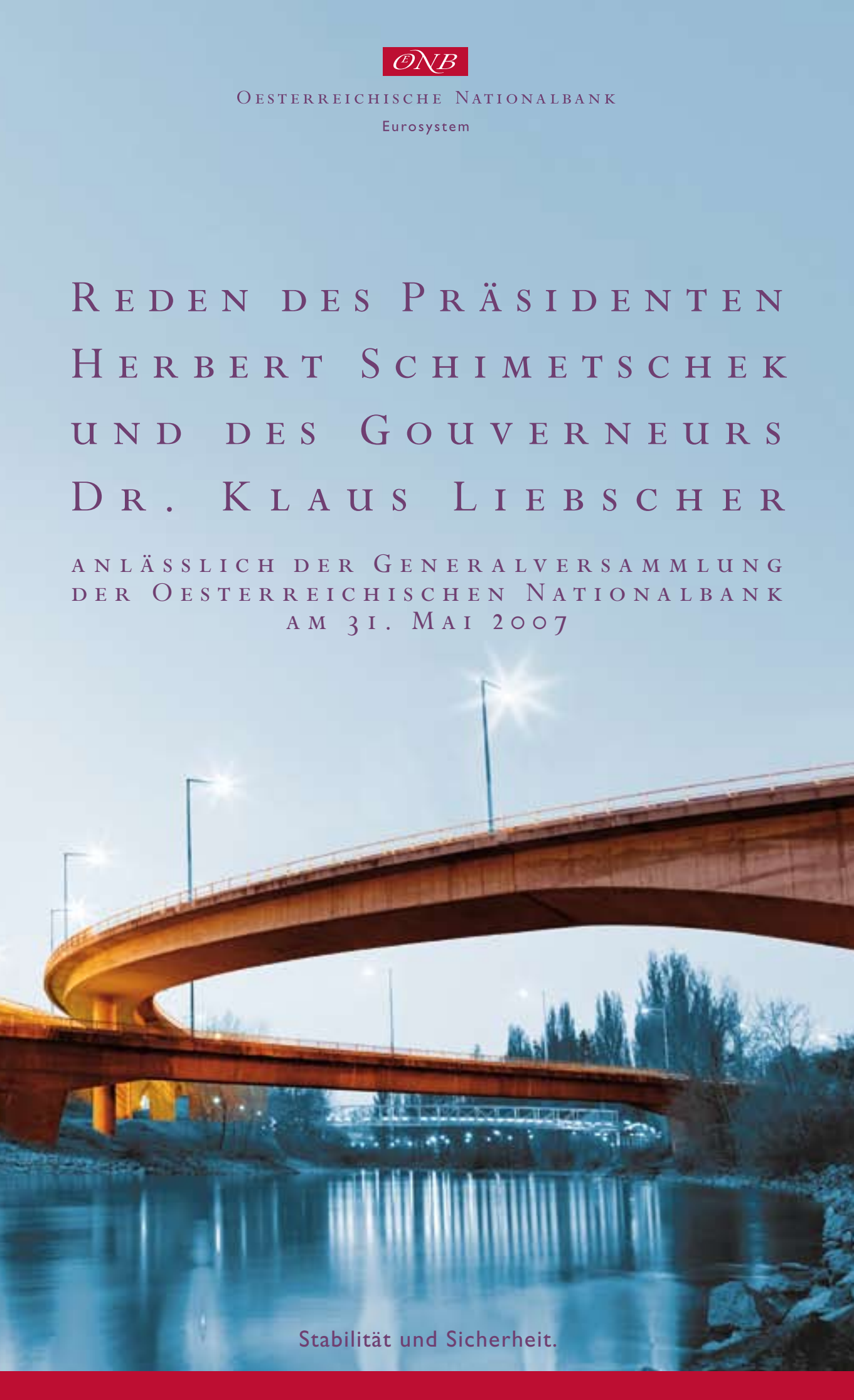


OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Eurosystem

REDEN DES PRÄSIDENTEN
HERBERT SCHIMETSCHKE
UND DES GOUVERNEURS
DR. KLAUS LIEBSCHER

ANLÄSSLICH DER GENERALVERSAMMLUNG
DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK
AM 31. MAI 2007



Stabilität und Sicherheit.

Rede des Präsidenten Herbert Schimetschek

Aufgehelltes, aber nicht einfaches Umfeld für die Zentralbanken des Eurosystems

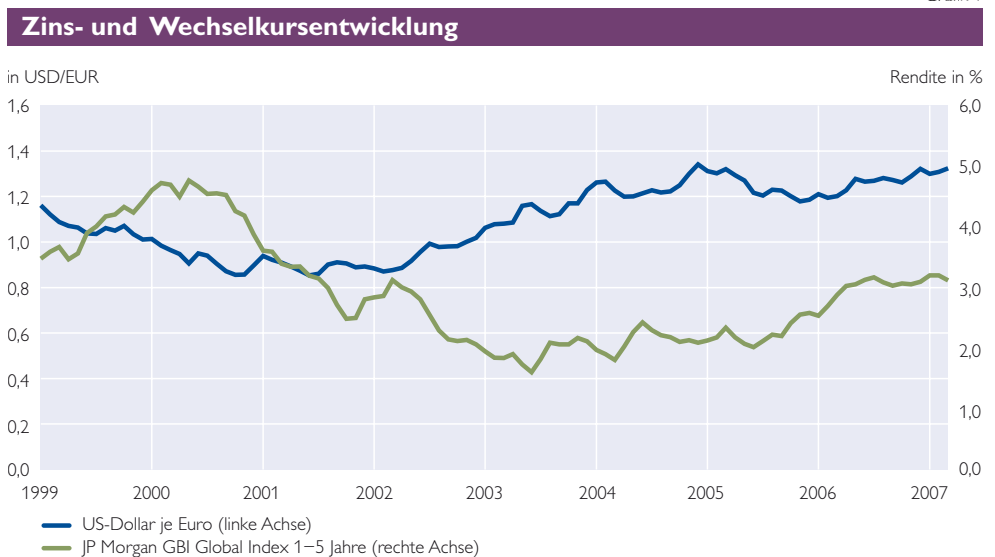
Die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet hat im Berichtsjahr wesentlich an Dynamik und Breite gewonnen und befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs getragen vom gestiegenen Vertrauen der Unternehmen und privaten Haushalte. Die zunehmenden Inflationsgefahren veranlassen den EZB-Rat, die Geldpolitik weiter zu straffen, um den Preisrisiken vorausschauend entgegenzuwirken. Herr Gouverneur Dr. Liescher wird darauf noch näher eingehen. Ich verweise daher nur auf jene volkswirtschaftlichen Einflussfaktoren, die für die Geschäftsentwicklung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) bestimmend waren.

Das höhere, aber im historischen Vergleich noch immer moderate Zinsniveau verbesserte – trotz des deutlichen Wertverlustes des US-Dollar gegenüber dem Euro – die Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Zentralbanken des Eurosystems (Grafik 1).

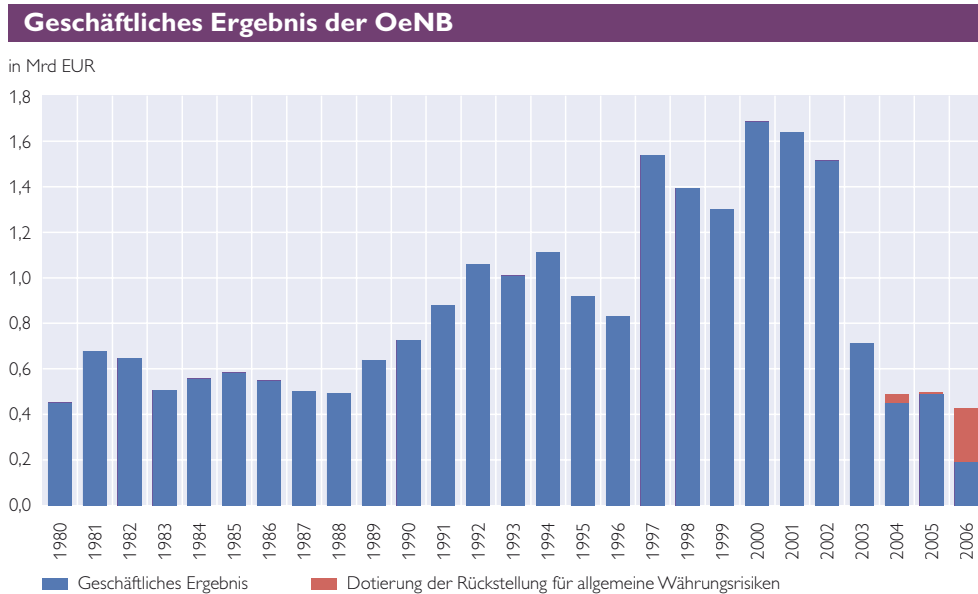
Die OeNB erbrachte in einem aufgehellten, aber dennoch nicht einfachen Umfeld eine ähnlich gute Betriebsleistung wie im Vorjahr (Grafik 2). Allerdings erforderte die Abdeckung des finanziellen Risikos die *Dotierung der Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken*, sodass für das Geschäftsjahr 2006 ein um beinahe zwei Drittel niedrigeres *geschäftliches Ergebnis vor Steuern* als im Vorjahr in der Höhe von 193 Mio EUR ausgewiesen wird.

In längerfristiger Betrachtung ist im Hinblick auf die Gewinnentwicklung hervorzuheben, dass *gesetzliche Änderungen Ende der Neunzigerjahre die Rahmenbedingungen für die Bank entscheidend verändert haben*. Dementsprechend waren bzw. sind einerseits zur Abdeckung von Bewertungsverlusten bei Fremdwährung Reserven heranzuziehen und andererseits bei Verkäufen von Fremdwährung, Wertpapieren und Gold – die etwa unter Anlagegesichtspunkten in den Jahren nach Gründung der Währungsunion sinnvoll waren – Reserven aufzulösen. Daher stehen nun *nur noch halb so hohe Eigenmittel* wie noch vor

Grafik 1



Grafik 2

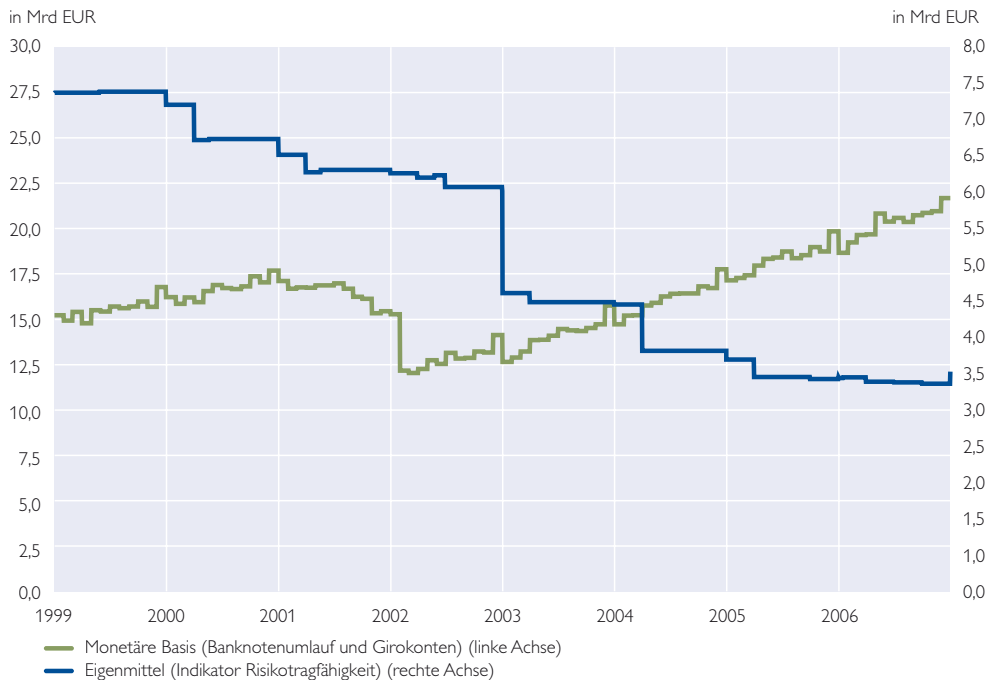


fünf Jahren für Anlagezwecke und zur Risikoabdeckung zur Verfügung. Diese Entwicklung wird dadurch verschärft, dass die geänderten *gesetzlichen Regelungen* einen *Reservenaufbau de facto nicht ermöglichen*. Aus diesen Gründen sind dem Ertragspotenzial und der Risikotragfähigkeit der Bank Grenzen gesetzt. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass im Geschäftsjahr 2006 erstmals die Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken zur Risikoabdeckung in größerem Umfang dotiert werden musste.

Mit Blick auf die Zukunft ist daher die *Änderung der Rahmenbedingungen erforderlich*, um – wie das auch bei den anderen Zentralbanken der Fall ist – den Aufbau von Reserven sicherzustellen. Denn ausreichende Finanzressourcen sind Voraussetzung dafür, dass die OeNB auch weiterhin auf der Grundlage der ESZB-Satzung den notwendigen Spielraum für die Erfüllung ihrer Zentralbankaufgaben hat. Auch weisen *internationale Empfeh-*

lungen – etwa der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich oder des Internationalen Währungsfonds – darauf hin, dass insbesondere im Hinblick auf die Aufgaben zur Sicherung der Finanzmarktstabilität die *Entwicklung der Kapitalausstattung einer Zentralbank dem Wachstum der monetären Basis entsprechen soll*. Vor diesem Hintergrund ist zu betonen, dass im Gegensatz zu den Eigenmitteln in den letzten Jahren die monetäre Basis vor allem aufgrund der international erfolgreichen Etablierung des Euro stark zugenommen hat (Grafik 3). Dementsprechend ist daher – im Gleichklang mit den anderen Zentralbanken des Eurosystems – auf eine adäquate Entwicklung der Eigenmittel zu achten, um auch weiterhin die Risikotragfähigkeit der Bank zu sichern. *Denn eine angemessene Eigenmittelausstattung der nationalen Zentralbanken ist eine wichtige Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des gesamten Eurosystems!*

Entwicklung der Eigenmittel und der monetären Basis der OeNB



Jahresabschluss 2006

Bei der Darstellung des Jahresabschlusses werde ich mich auf die aus wirtschaftlicher Sicht wichtigsten Änderungen in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung beschränken. Detaillierte Ausführungen dazu sind im Geschäftsbericht enthalten.

Die *Bilanzsumme wuchs* um 7 Mrd EUR oder 15 % auf 53,4 Mrd EUR. Diese deutliche Zunahme ist vor allem auf die höheren Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems zurückzuführen.

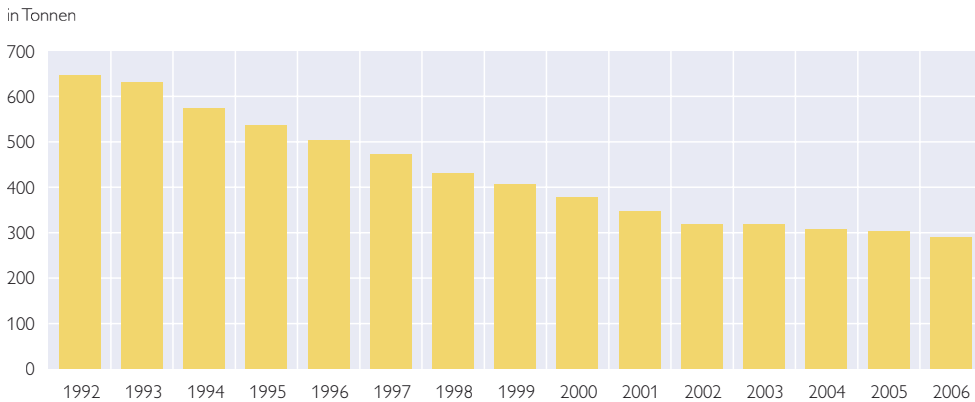
Bei den *Aktiva* umfasste der *Goldbestand* 289 t mit einem Marktwert von 4,5 Mrd EUR. Die OeNB hat im Geschäftsjahr 2006 im Rahmen des Goldabkommens fast 14 t Gold verkauft und Kursgewinne realisiert. Der Wert des Goldbestands hat sich aber insgesamt um etwa 0,3 Mrd EUR

erhöht, weil der Anstieg des Goldpreises die Goldverkäufe mehr als ausglich. In längerer Sicht hat die Bank seit Beginn der Neunzigerjahre ihren Goldbestand um mehr als die Hälfte verringert. Damit entspricht er – gemessen an den gesamten Goldreserven des Eurosystems – nun in etwa dem Kapitalanteil der OeNB im Eurosystem (Grafik 4). Darüber hinaus wurde – auch im Vergleich zu anderen nationalen Zentralbanken – schon früh damit begonnen, die Goldreserven Ertrag bringend zu nutzen. Der Goldbestand der OeNB wird zu rund zwei Dritteln insbesondere in Termineinlagen Ertrag bringend angelegt.

Die *Abnahme der Forderungen aus geldpolitischen Operationen* um 0,3 Mrd EUR auf 12,2 Mrd EUR, spiegelt – bei unveränderten Hauptrefinanzierungsgeschäften – die etwas geringere Inanspruchnahme der längerfris-

Grafik 4

Goldbestand der OeNB – Jahresendstand



Quelle: OeNB.

tigen Refinanzierungsgeschäfte durch die Kreditinstitute wider.

Die *Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* haben um 7 Mrd EUR oder 80% auf 15,7 Mrd EUR zugenommen. Dies war einerseits auf die kräftige Zunahme des gesamten Banknotenumlaufs und andererseits auf die unterschiedliche Verteilung der Euro-Banknoten im Eurosystem zurückzuführen.

Ergänzend darf ich zur Bilanz anmerken, dass es aufgrund der mit 1. Jänner 2007 erfolgten Beitritte der Zentralbanken Rumäniens und Bulgariens zum ESZB sowie Sloweniens zum Eurosystem nach dem Bilanzstichtag zu *Anpassungen bei den Kapitalanteilen der OeNB an der EZB* kam. Der Anteil der OeNB am gezeichneten Kapital der EZB verringerte sich von 2,08% auf 2,0159% ebenso wie auch der Anteil am voll eingezahlten Kapital von 2,9095% auf 2,9002%.

Im Rahmen der *Passiva* stieg der *Banknotenumlauf* um 1,7 Mrd EUR oder 11% auf 16,8 Mrd EUR.

Die *Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Operationen* gegenüber Kreditinstituten sanken um 0,5 Mrd EUR oder 10% auf 4,5 Mrd EUR, was

insbesondere auf den Rückgang der *Mindestreserveguthaben* zurückzuführen ist.

Die *Intra-Eurosystem Verbindlichkeiten* nahmen um 5,5 Mrd EUR oder 35% auf 21,2 Mrd EUR zu. Dies resultiert vor allem aus dem Saldo im Zahlungssystem TARGET.

Im Rahmen der *Passiva* ist die Entwicklung der Risikovorsorgen von besonderer Bedeutung. Zur Absicherung der aus der Entwicklung der Fremdwährungskurse, der Zinsen und des Goldpreises resultierenden Risiken ist auf der Grundlage von Risikomodellberechnungen Vorsorge zu treffen. Das gesamte *finanzielle Risiko der Bank* liegt unverändert bei 3,5 Mrd EUR, wobei sich aber die *Risikoverteilung leicht verschoben hat* (Grafik 5).

Grafik 5

Finanzielles Risiko der OeNB

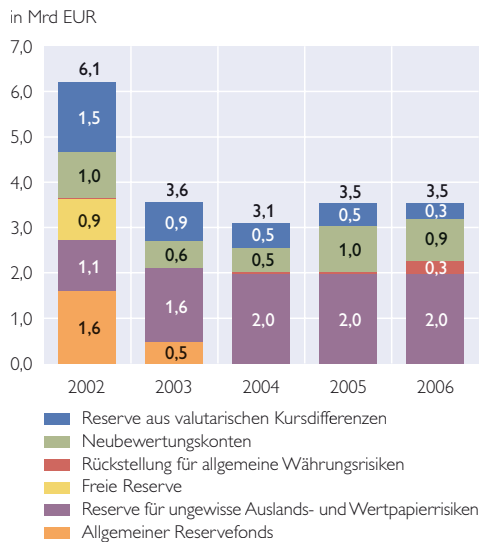


Quelle: OeNB.

Die Fremdwährungs- und Zinsänderungsrisiken haben abgenommen, während sich das Goldpreisrisiko aufgrund des gestiegenen Goldpreises erhöht hat. Das Risiko der Bank ist durch Risikovorsorgen gedeckt, wobei aber zur Risikoabdeckung die Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken mit 235 Mio EUR dotiert werden musste (Grafik 6). Dies

Grafik 6

Zur Abdeckung des finanziellen Risikos verwendbare Rücklagen, Rückstellungen und Ausgleichsposten aus Neubewertung der OeNB



Quelle: OeNB.

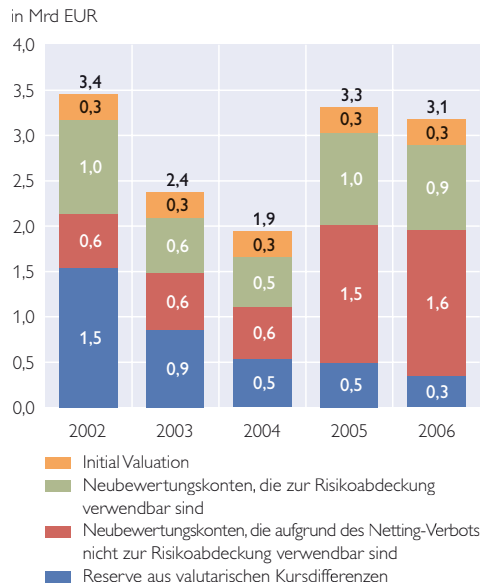
war deshalb erforderlich, weil Ausgleichsposten aus Neubewertung vor allem aufgrund der Abnahme der Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen insbesondere infolge der Goldverkäufe nur in geringerem Ausmaß zur Risikoabdeckung herangezogen werden konnten (Grafik 7).

Insgesamt sind die Rücklagen der Bank, deren Schwerpunkt die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken bildet, gegenüber dem Geschäftsjahr 2005 mit 4,1 Mrd EUR unverändert (Grafik 8).

Vor dem Hintergrund der günstigeren Rahmenbedingungen konnte

Grafik 7

Ausgleichsposten aus Neubewertung¹ der OeNB – Jahresendstand

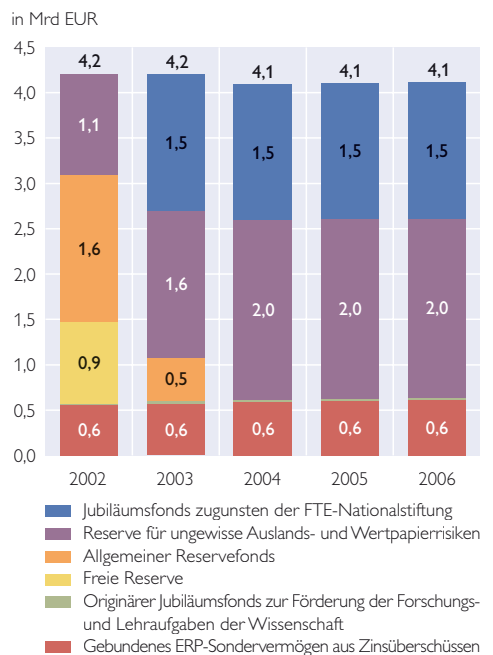


Quelle: OeNB.

¹ Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen, Neubewertungskonten und Initial Valuation. Zur Risikoabdeckung können nur die Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen sowie Teile der Neubewertungskonten herangezogen werden.

Grafik 8

Rücklagen der OeNB – Jahresendstand



Quelle: OeNB.

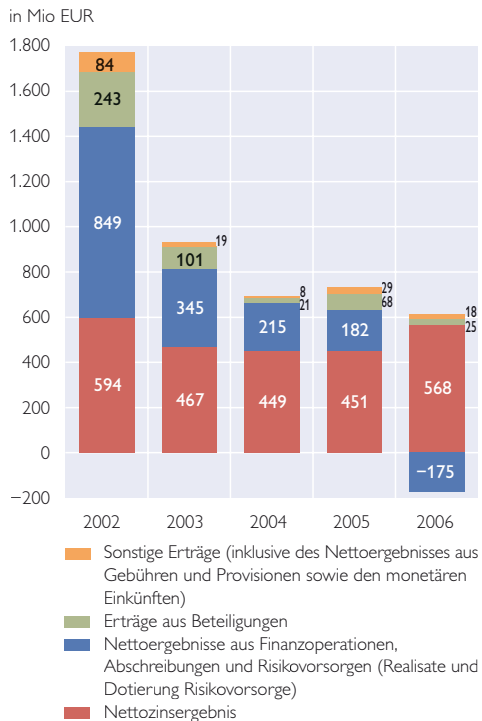
die EZB im Geschäftsjahr 2006 erneut ein positives Ergebnis von 1,4 Mrd EUR (2005: 1 Mrd EUR) erwirtschafteten. Da die EZB aber in den Jahren bis 2004 ihre Reserven vollständig zur Verlustabdeckung in Anspruch nehmen musste, wird das EZB-Ergebnis zur Gänze zum Aufbau der Risikovorsorge bei der EZB verwendet. Dementsprechend verzichten die nationalen Zentralbanken auf die Zuweisung eines Gewinnanteils ebenso wie schon im Vorjahr auf die Rückverteilung des EZB-Seignorage-Einkommens.

Ich komme nun zur Gewinn- und Verlustrechnung der OeNB. Das geschäftliche Ergebnis 2006 beträgt vor Rückstellungsdotierung für allgemeine Währungsrisiken 428 Mio EUR (2005: 496 Mio EUR). Folgende wesentliche Änderungen haben sich bei den Erträgen und Aufwendungen ergeben.

Die Nettoerträge haben sich um 294 Mio EUR oder 40 % auf 437 Mio EUR verringert (Grafik 9). Dies ist – wie bereits erwähnt – vor allem auf das Erfordernis der Zuführung zur Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken zurückzuführen.

Die wichtigste Ertragskomponente sind die Zinserträge. Das Nettozinsergeb-

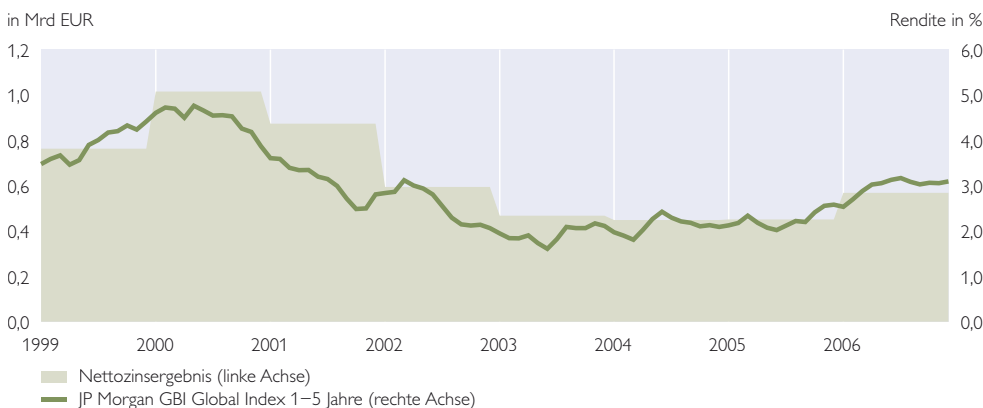
Grafik 9
Erträge der OeNB



Quelle: OeNB.

nis hat um 116 Mio EUR oder 26 % auf 568 Mio EUR zugenommen (Grafik 10). Dies spiegelt neben dem gestiegenen Zinsniveau auch die stärkere Inanspruchnahme der Refinanzierung durch die Kreditinstitute wider.

Grafik 10
Nettozinsergebnis der OeNB und Zinsentwicklung



Quelle: Thomson Financial, EZB.

Eine weitere bedeutende Quelle für den Zentralbankgewinn sind die realisierten Kursgewinne aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiertransaktionen. Aus diesen Transaktionen wurde ein – um ein Drittel unter dem des Vorjahres liegendes – Nettoergebnis in der Höhe von 145 Mio EUR erwirtschaftet, wozu vor allem die Goldverkäufe beigetragen haben. Demgegenüber waren aufgrund des Kursrückgangs bei Fremdwährungen und Wertpapieren nach den Bilanzierungsregeln Abschreibungen auf Finanzanlagen von 149 Mio EUR vorzunehmen (2005: 44 Mio EUR). Unter Berücksichtigung der Zuführung zur Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken ergibt sich aber erstmals ein negatives Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen in der Höhe von 175 Mio EUR (2005: +182 Mio EUR).

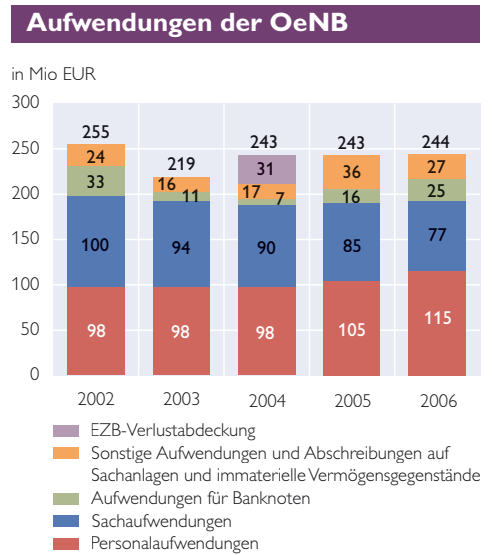
Die Erträge aus Beteiligungen betragen 25 Mio EUR (2005: 68 Mio EUR). In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die deutlich höheren Beteiligungserträge des Geschäftsjahres 2005 im Wesentlichen auf den Erlös aus dem Verkauf der Beteiligung an der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH zurückzuführen waren.

Die Sonstigen Erträge verringern sich um mehr als die Hälfte auf 10 Mio EUR (2005: 21 Mio EUR), was vor allem aus dem Wegfall der Erlöse aus der Veräußerung von OeNB-Liegenschaften an die BLM-Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH resultiert.

Die Aufwendungen sind mit 244 Mio EUR gegenüber dem Vorjahr beinahe

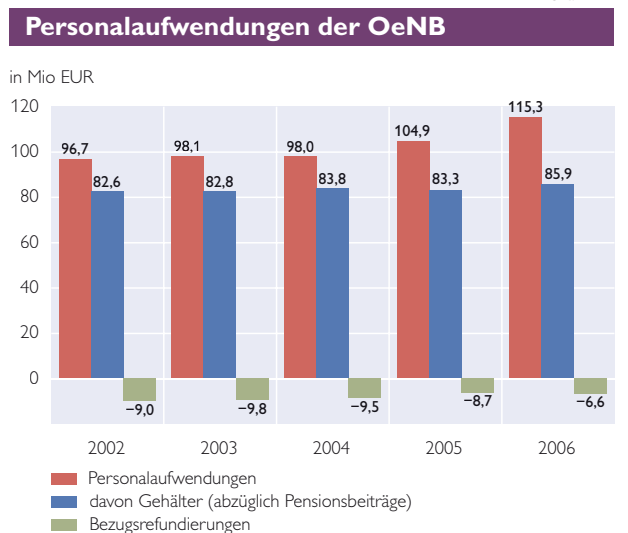
unverändert (2005: 243 Mio EUR), wobei aber auf Verschiebungen in der Ausgabenstruktur hinzuweisen ist (Grafik 11).

Grafik 11



Die Personalaufwendungen nahmen um 10 Mio EUR oder 10% auf 115 Mio EUR zu (Grafik 12). Dieser Anstieg liegt in gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen begründet, wie etwa Dotierungen von Rückstellungen

Grafik 12



gen für Abfertigungen und Verpflichtungen aus der Pensionskassenregelung. Der Gehaltsaufwand hat sich aber im Wesentlichen nur um die kollektivvertraglichen Gehaltsanpassungen auf 86 Mio EUR erhöht. *In diesem Zusammenhang ist auch auf die mittelfristige Entwicklung hinzuweisen, die seit dem Jahr 2002 eine Erhöhung des nominellen Gehaltsaufwands um insgesamt nur 4 % zeigt!*

Die für die Fachbereiche der Bank tätigen *Mitarbeiterressourcen* sanken im Durchschnitt des Jahres 2006 um 3 % auf 935 (Grafik 13).

Die *Sachaufwendungen* konnten durch die Realisierung von Einsparungspotentialen *erneut* markant um 8 Mio EUR oder 10 % auf 77 Mio EUR *gesenkt* werden (Grafik 14). *Damit wurden die Sachausgaben seit dem Jahr 2002 um fast ein Viertel verringert!*

Für den *Ankauf von Euro-Banknoten* musste aufgrund der weiter steigenden Nachfrage nach Euro-Banknoten mit 25 Mio EUR um etwa die Hälfte mehr als im Vorjahr aufgewandt werden.

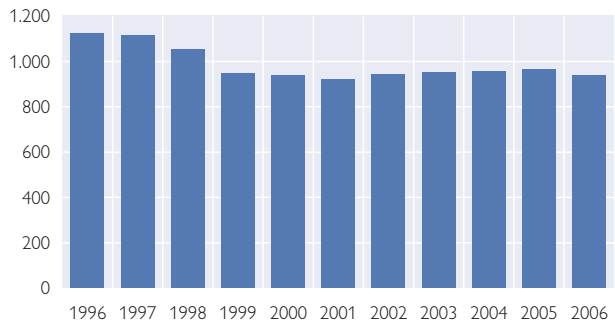
Die *Sonstigen Aufwendungen* von 13 Mio EUR resultierten fast zur Gänze aus der Zuwendung an die FTE-Nationalstiftung, die die Bank im Sinne der Kontinuität der Forschungsförderung geleistet hat (2005: 21 Mio EUR).

Das *geschäftliche Ergebnis* beträgt 193 Mio EUR, wobei die Rendite aus der Eigenveranlagung in Euro und Fremdwährung unter Berücksichtigung der realisierten Nettokursergebnisse 3,3 % beträgt (2005: 4 %). *Der Bund erhält mit 178 Mio EUR rund 92 % des Geschäftsergebnisses 2006, wovon 48 Mio EUR auf die Körperschaftsteuer und 130 Mio EUR auf den 90-prozentigen Gewinnanteil nach Steuern entfallen* (Grafik 15).

Grafik 13

Mitarbeiterressourcen für OeNB-Fachbereiche

tätig – Jahresdurchschnitt

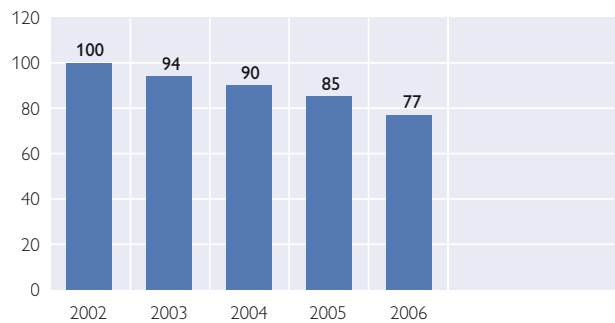


Quelle: OeNB.

Grafik 14

Sachaufwendungen der OeNB

in Mio EUR



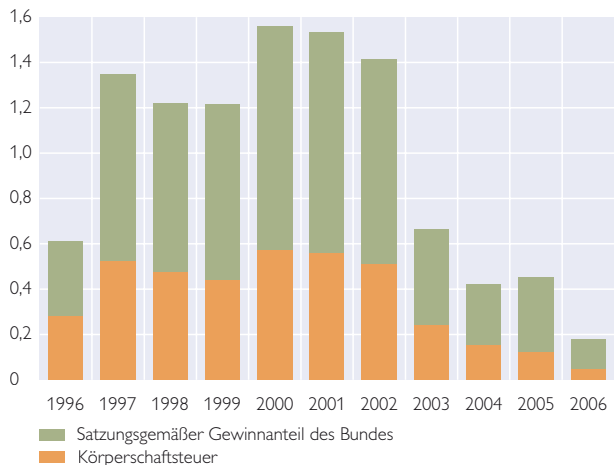
Quelle: OeNB.

Grafik 15

Anteil des Bundes

am Geschäftsergebnis der OeNB

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Der Bilanzgewinn wird mit 14,4 Mio EUR ausgewiesen. An die Generalversammlung wird der Antrag gestellt, davon 1,2 Mio EUR für die Ausschüttung der 10-prozentigen Höchstdividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR zu verwenden, der Leopold Museum-Privatstiftung – auf der Grundlage eines zwischen der OeNB und dieser Stiftung im Jahr 1994 geschlossenen Förderungsvertrages – 4,5 Mio EUR als weiteren Beitrag zur Verfügung zu stellen sowie den Rest von 8,7 Mio EUR dem Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft zuzuweisen.

OeNB ein effizientes Dienstleistungsunternehmen im Eurosystem

Die OeNB hat im Geschäftsjahr 2006 wieder aktiv in vielen Bereichen zu den gemeinsamen Vorhaben im ESZB beigetragen, wobei der Bewältigung der Herausforderungen der EU-Erweiterung ein besonderer Stellenwert zukam. Darüber hinaus hat die Bank in allen Geschäftsbereichen wichtige Projekte vorangetrieben. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, die Sie im Geschäftsbericht finden, darf ich nur einige wesentliche Bereiche herausgreifen.

Die *Anlagestrategie* der Bank wurde unter verbesserten, aber dennoch nicht einfachen Rahmenbedingungen *erfolgreich umgesetzt*. Die *Implementierung von Basel II erfolgte plangemäß und reibungslos* und die *Vorbereitung auf einen einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum* wurde weiter *vorangetrieben*. Bei der *Kommunikation mit der Öffentlichkeit* stand das *Bemühen um die verständliche Erklärung der Geldpolitik und die Information über die Sicherheit der Zahlungsmittel* im Vordergrund. Besonderen Einsatz und Effi-

zienz hat die Bank bei der *Sicherung der Finanzsystemstabilität im Zusammenhang mit der Liquiditätsversorgung einer großen österreichischen Bank bewiesen*.

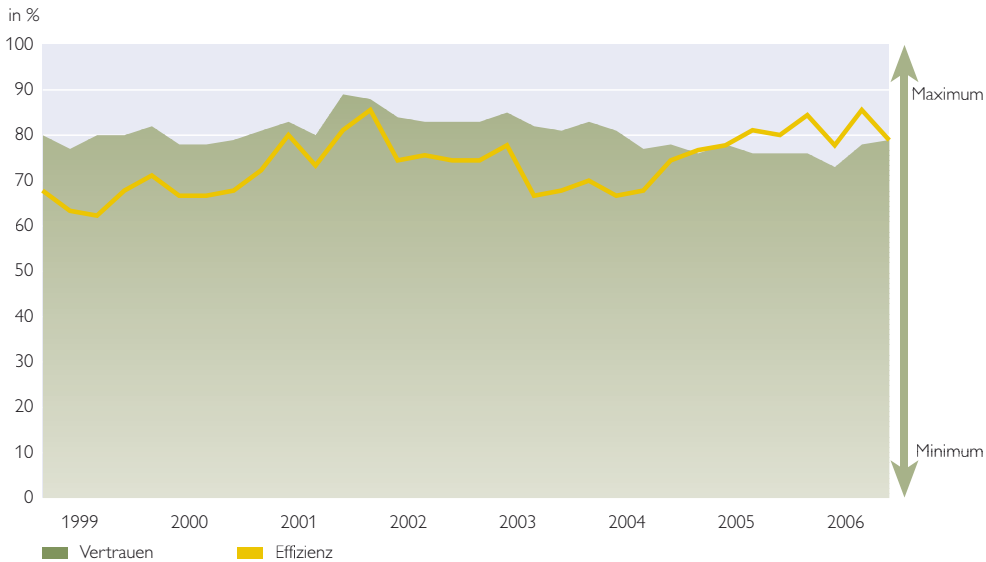
Ausgehend von ihren Kernaufgaben wurden *mittelfristige Unternehmensziele mit Schwerpunkten in den zentralen Bereichen* Stabilitätspolitik, Risikomanagement, Zahlungsmedien und der Analyse der Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas *festgelegt*. Hervorzuheben ist, dass die Bank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in den letzten Jahren großen Wert auf *Effizienzsteigerungen* gelegt und bei der Zusammenarbeit im Rahmen des Eurosystems und mit den Zentralbanken der EU-Erweiterungsländer Synergien genutzt hat. *Der sparsame Einsatz von Ressourcen wird fortgesetzt werden, wobei die nachhaltige Reduktion der Ausgaben ebenso wie die Verringerung der Mitarbeiterressourcen wesentliche Ziele sind*.

Im Hinblick auf die *Beteiligungsunternehmen* wurden in den letzten Jahren vor dem Hintergrund der Marktentwicklungen *Restrukturierungen* eingeleitet. Die *Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH* wurde *strategisch neu ausgerichtet* und hat *Effizienzsteigerungspotenziale erfolgreich realisiert*. Darüber hinaus werden in einer Reihe von Bereichen – wie etwa Vertrieb und Einkauf – *Synergien* mit der Münze Österreich AG *genutzt*. Für die *Austria Card GmbH* wurde die *Suche eines strategischen Partners eingeleitet*.

Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen und unter Berücksichtigung der Besonderheiten einer Zentralbank wurde *besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Unternehmenskontrolle* gelegt. In diesem Zusammenhang ist vor allem die *Einrichtung eines Unterausschusses des*

Grafik 16

Vertrauen und Effizienzeinschätzung der österreichischen Bevölkerung in die OeNB



Quelle: IFES.

Generalrats für Rechnungslegung und interne Kontrollsysteme hervorzuheben.

Insgesamt haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Direktorium der OeNB ihre vielfältigen Aufgaben, die von der Mitwirkung im Eurosystem über die Umsetzung der Geldpolitik bis zur Produktion sicherheitstechnisch anspruchsvoller Zahlungsmittel reichen, mit großem Engagement erfüllt. *Die große Wertschätzung und das anhaltend hohe Vertrauen der Bevölkerung in die OeNB als Institution ist Anerkennung für die ausgezeichneten Leistungen und eine gute Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit im Eurosystem* (Grafik 16).

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der OeNB danke ich für ihre Leistungen, ebenso wie dem Betriebsrat für seine Unterstützung.

Den Mitgliedern des Direktoriums unter der Leitung von Herrn Gouverneur Dr. Liebscher danke ich für die hervorragende Bewältigung der Aufgaben in der OeNB und im Eurosystem.

Darüber hinaus danke ich den Mitgliedern des Generalrats herzlich für ihre wertvolle Arbeit im Generalrat und seinen Unterausschüssen. Ganz besonders danke ich dafür, dass sie die wichtigen Weichenstellungen und umfangreichen Projekte mitgetragen haben und dass die Aufgaben in einem sachlichen Gesprächsklima erfüllt werden konnten.

Ich darf nun Herrn Gouverneur Dr. Liebscher um seine Ausführungen bitten.

Rede des Gouverneurs

Dr. Klaus Liebscher

Beschleunigtes Weltwirtschaftswachstum

Das reale Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2006 auf etwas über 5 % beschleunigt. Wesentliche Impulse gingen vom niedrigen Niveau der langfristigen Zinsen und vom anhaltend kräftigen Wachstum im asiatischen Raum aus. Die bis August 2006 anhaltende Ölpreishausse führte allerdings zu einem Inflationsdruck, der erst in der letzten Phase 2006 mit dem Sinken der Ölpreise wieder schwächer wurde.

In den einzelnen Regionen blieb die Konjunktur über weite Strecken dynamisch. Unter den aufstrebenden Volkswirtschaften stechen neuerlich China und Indien mit besonders expansiven Wachstumsraten hervor. Aber auch die Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas entwickelten sich weiterhin sehr dynamisch. Auch die USA konnten den Wachstumspfad aus dem Jahr 2005 halten, obwohl der im Verlauf des Jahres 2006 sich beschleunigende Rückgang bei den Wohnbauinvestitionen die Konjunktur bremste. Mit einem Wachstum von 3,3 % im Jahr 2006 wurde der langfristige Trend aber dennoch überschritten.

Die japanische Wirtschaft blieb weiter auf einem soliden Wachstumskurs: Mit etwas über 2 % konnte die Volkswirtschaft im siebenten Jahr in Folge zulegen.

Die IWF-Prognosen vom April 2007 lassen ein Anhalten der weltweit robusten Konjunktur erwarten. Dies gilt – mit Einschränkung in den USA – auch für die einzelnen Regionen. In den Jahren 2007 und 2008 dürfte die Weltwirtschaft mit jeweils rund 5 % wiederum kräftig expandieren (Grafik 17).

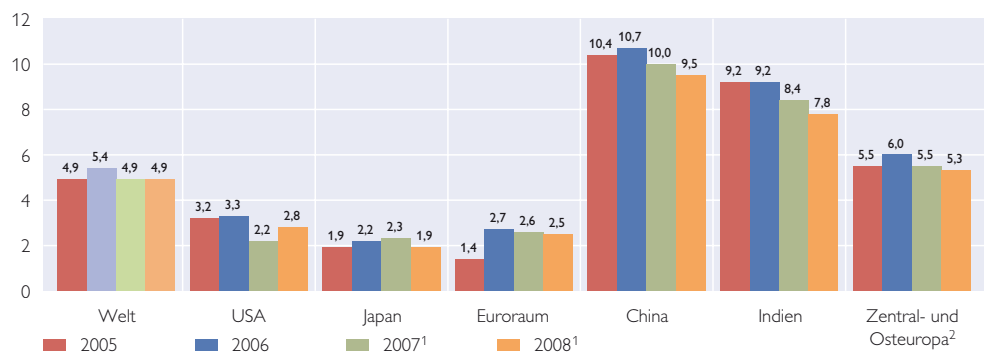
Wirtschaftswachstum im Euroraum im Jahr 2006 fast verdoppelt

Im Jahr 2006 setzte im Euroraum ein kräftiger Aufschwung ein. Ein solides Exportwachstum, ein durch den verbesserten Arbeitsmarkt in Schwung gekommener privater Konsum sowie – durch die anhaltend guten Finanzierungsbedingungen begünstigt – rege Investitionsaktivitäten waren die Antriebskräfte. Das Wirtschaftswachstum fiel im Euroraum mit 2,7 % beinahe doppelt so hoch aus wie 2005 (Grafik 17). Auch die mittelfristigen Aussichten sind weiter günstig. Die

Grafik 17

Weiterhin dynamisches Weltwirtschaftswachstum

Veränderung des realen BIP zum Vorjahr in %



Quelle: IWF, Eurostat.

¹ Prognose des IWF vom April 2007. Euroraum: Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2007.

² Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Kroatien, Türkei.

Exporte sollten vom weiterhin starken und global besser ausgewogenen Wirtschaftswachstum der Handelspartner gestützt werden. Die Binnen­nachfrage dürfte ihre relativ starke Dynamik beibehalten. Gute Gewinnlage, verbesserte Bilanzpositionen sowie die gesteigerte Effizienz der Unternehmen stimulieren die Investitionen.

Die anhaltend gute Beschäftigungslage stützt den privaten Konsum durch ein verstärktes Wachstum der verfügbaren Einkommen. Die aktuellen makroökonomischen Projektionen der Experten der EZB vom März 2007 erwarten ein Wachstum zwischen 2,1% und 2,9% im Jahr 2007 und 1,9% und 2,9% im Jahr 2008. Die Europäische Kommission erwartet in der Frühjahrsprognose 2007 2,6% für 2007 und 2,5% für 2008. Der IWF prognostiziert jeweils 2,3% für heuer und das nächste Jahr. Konjunkturelle Abwärtsrisiken bestehen vor allem aufgrund eines möglichen erneuten Anstiegs des Ölpreises, internationaler Ungleichgewichte sowie eines verstärkten Protektionismus.

Inflationsrate im Euroraum im Jahr 2006 mit 2,2% gegenüber 2005 unverändert

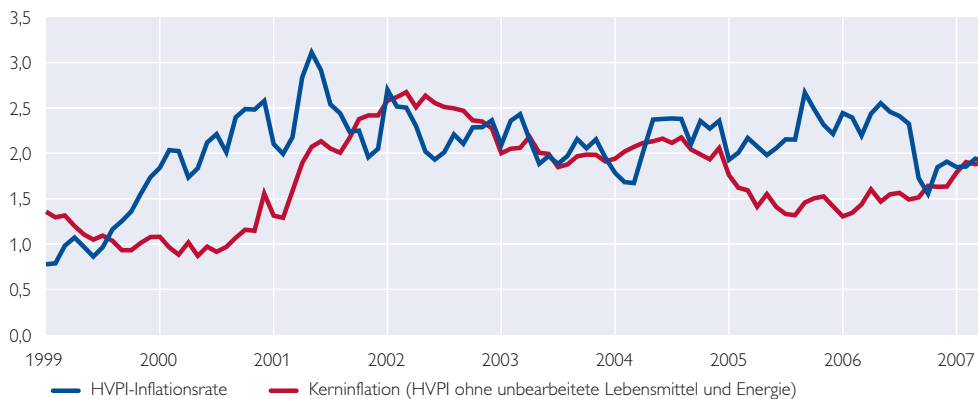
Die HVPI-Inflationsraten waren im Jahr 2006 im Euroraum volatil, wobei die unterjährige Entwicklung zweigeteilt war. Während in der ersten Jahreshälfte vor allem aufgrund der hohen Rohölpreise, aber auch wegen Erhöhungen bei administrierten Preisen und indirekten Steuern die HVPI-Anstiege über 2% lagen, mit einem Höhepunkt von 2,5% im Sommer 2006, nahmen sie im September 2006 deutlich ab und lagen für den Rest des Jahres unter 2%. Die durchschnittliche Inflationsrate betrug im Jahr 2006 2,2% und war auf gleichem Niveau wie im Vorjahr. Unter Ausklammerung von Energie und unbearbeiteten Lebensmitteln lag sie bei 1,5%. In den ersten vier Monaten 2007 blieb die Teuerung im Euroraum durchwegs unter 2%. Bedingt durch den neuerlichen Anstieg der Ölpreise schwankte die Inflationsrate von Jänner bis April 2007 zwischen 1,8% und 1,9% (Grafik 18).

Grafik 18

HVPI-Inflationsrate im Euroraum im Jahr 2006

mit 2,2% gegenüber 2005 unverändert

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Eurostat.

Über die für die Geldpolitik relevante mittlere Frist bleiben die Aussichten für die Preisentwicklung mit Aufwärtsrisiken behaftet. Weitere Ölpreissteigerungen sowie zusätzliche Erhöhungen administrierter Preise und indirekter Steuern sind wesentliche Risikofaktoren. Dazu kommt, dass die günstige Dynamik der Arbeitsmärkte Druck auf erhöhte Lohnanpassungen ausüben könnte und damit ein weiteres Aufwärtsrisiko für die Preisstabilität darstellt. Die aktuellen Projektionen der Experten der EZB vom März 2007 sehen die Inflationsrate im Jahr 2007 zwischen 1,5 % und 2,1 %. Für das Jahr 2008 wird von einer Inflationsrate zwischen 1,4 % und 2,6 % ausgegangen.

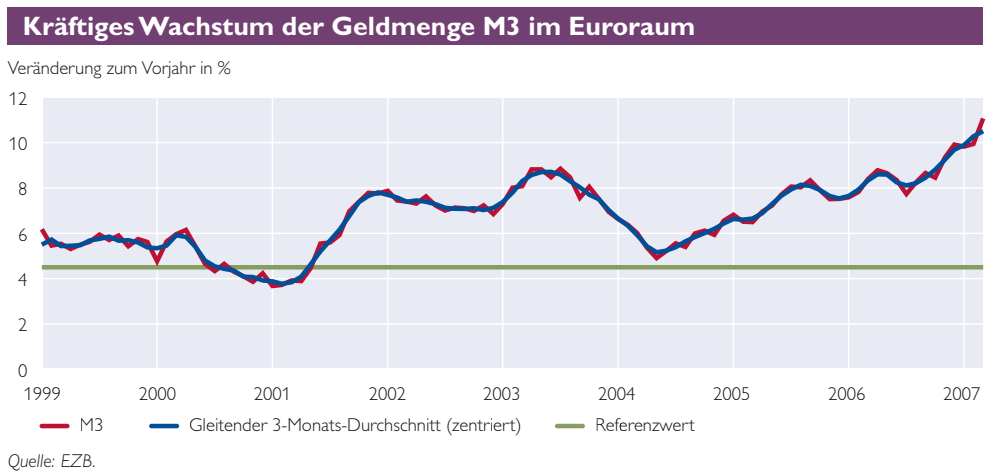
Durch mehrmalige Zinsanhebungen im Jahr 2006 und Anfang 2007 sichert Geldpolitik Preisstabilität im Wirtschaftsaufschwung

Im Lauf des Jahres 2006 hat der EZB-Rat den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte für den Euroraum in insgesamt fünf Schritten zu je 25 Basispunkten von 2,25 % im Jänner auf 3,50 % im Dezember 2006 angehoben.

Damit reagierte er auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität, die sowohl von der wirtschaftlichen als auch der monetären Analyse der geldpolitischen Strategie angezeigt wurden, und nahm eine schrittweise Straffung der Geldpolitik vor.

Im Hinblick auf die auf mittlere Sicht ausgerichtete Geldpolitik wurde die Gefahr gesehen, dass sich erhöhte Inflationserwartungen verfestigen und möglicherweise höhere Lohnforderungen auch zukünftige Preisentwicklungen negativ beeinflussen könnten. Auch die Geldmengenaggregate und Kredite wuchsen kräftig, vor allem aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und des Wirtschaftswachstums. Dieser Aufwärtstrend bei den monetären Aggregaten besteht seit Mitte 2004 und hat sich im Jahr 2006 fortgesetzt. Das dynamische Wachstum der Geldmenge M3 weitete die ohnehin schon reichliche Liquiditätsausstattung aus und stellt ein Risiko für die mittel- bis langfristige Preisstabilität dar (Grafik 19). Im ersten Quartal 2007 signalisierten die für die mittelfristige Preisstabilität relevanten Einflussfaktoren weiterhin Aufwärtsrisiken. Im März 2007 hob der EZB-Rat die Zinsen daher neuerlich um 25 Basispunkte an. Der Mindestbie-

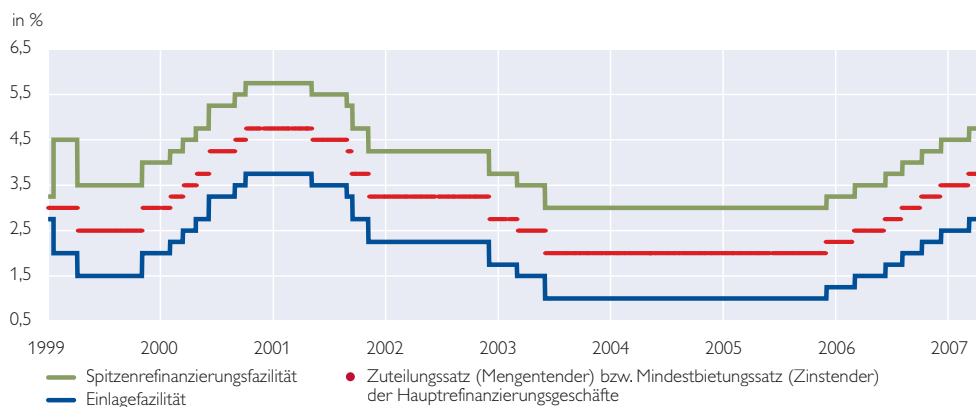
Grafik 19



Grafik 20

EZB-Rat hebt Leitzinsen an, um Preisstabilität im Wirtschaftsaufschwung

zu sichern



Quelle: EZB.

tungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seither bei 3,75%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,75% und jener für die Einlagefazilität bei 2,75% (Grafik 20). Die schrittweise Straffung der Geldpolitik hat dazu beigetragen, dass die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität im Einklang steht. Diese Verankerung ist Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik ihren Beitrag zur Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten kann. Seit Beginn der Währungsunion wurden im Euroraum rund 13 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Konjunkturelle Spielräume zum weiteren Abbau der Budgetdefizite nutzen

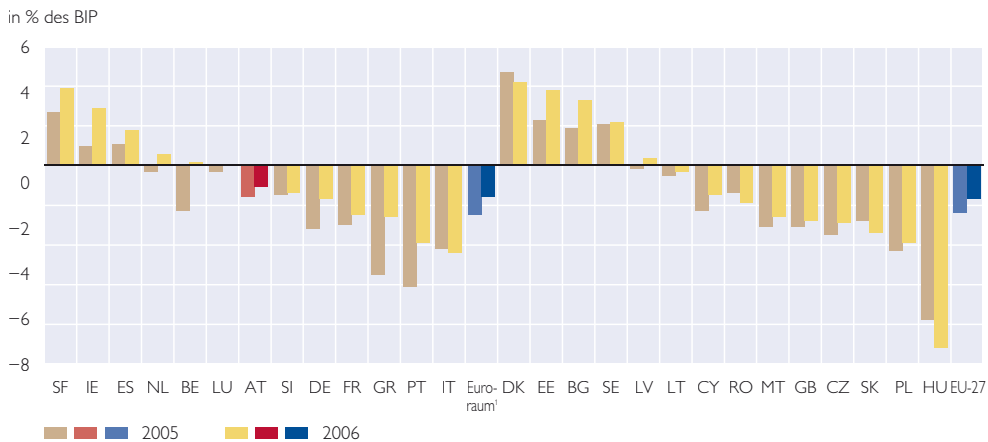
Das gesamtstaatliche Budgetdefizit und die Schuldenquoten in den Euro-Ländern sind im vergangenen Jahr wesentlich günstiger ausgefallen als erwartet. Es kam zu einem deutlichen Rückgang des durchschnittlichen

Budgetdefizits im Euroraum von 2,5% (2005) auf 1,6% (2006) (Grafik 21). Finnland wies 2006 im Euroraum mit +3,9% den höchsten öffentlichen Haushaltsüberschuss, Italien mit -4,4% das höchste Defizit auf. In der EU-27 verzeichnete Dänemark mit +4,2% den höchsten Überschuss, Ungarn mit -9,2% des BIP das höchste Defizit. Die aggregierte Schuldenquote ging im Euroraum (inklusive Slowenien) von 70,5% (2005) auf 69,0% (2006) zurück. Diese deutlich verbesserten Ergebnisse – insgesamt verzeichneten 22 EU-Mitgliedstaaten günstigere Budgetsalden – sind jedoch zum Großteil auf hohe Steuereinnahmen vor dem Hintergrund einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen.

Die Erfolge im Abbau der Budgetdefizite geben Motivation für das laufende Jahr und darüber hinaus, außerordentliche Mehreinnahmen zur Gänze für die Defizit- und Schuldenerückführung zu verwenden. Allerdings ist in den aktualisierten mittelfristigen Stabilitätsprogrammen nur ein moderater weiterer Konsolidierungsfortschritt vorgesehen.

Gesamtstaatliche Budgetsalden in der EU:

Gute Konjunktur unterstützt Defizitabbau



Quelle: Eurostat.

¹ Inklusive Slowenien.

Die Konsolidierungsziele einiger Länder sind nicht vollständig mit den Erfordernissen des im Jahr 2005 revidierten Stabilitäts- und Wachstumspakts in Einklang. Um – wie beabsichtigt – im Euroraum bis 2010 einen ausgeglichenen Budgetsaldo zu erreichen, werden weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich sein.

Eine solide Gebarung der öffentlichen Haushalte schafft die Grundlagen für Preisstabilität und damit für Wachstum und neue Arbeitsplätze. Darüber hinaus eröffnet sie die notwendigen Spielräume, um Schwankungen der Wirtschaftsleistung über den Verlauf des Konjunkturzyklus hinweg auszugleichen. Eine Haushaltskonsolidierung, die Teil einer mittelfristig ausgerichteten, glaubhaften und ausgabenseitig orientierten Reformstrategie ist, hilft längerfristig das Produktions- und Beschäftigungswachstum zu stützen und ist gleichzeitig Vorbereitung auf die finanzpolitischen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung.

Strukturreformen sind Schlüsselfaktor für Stabilität der Währungsunion

Neben nachhaltig gesunden öffentlichen Finanzen sind Strukturreformen ein Schlüsselfaktor zum reibungslosen Funktionieren der Währungsunion. Sie tragen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials bei und fördern den Beschäftigungsaufbau sowie die Wettbewerbsfähigkeit. Nur flexible und anpassungsfähige Volkswirtschaften sind in der Lage, die Vorteile einer gemeinsamen Währung und des Binnenmarktes vollständig zu nutzen. Die Lissabon-Strategie der EU ist das probate wirtschaftspolitische Maßnahmenpaket, um die EU für die Herausforderungen von Globalisierung, erhöhtem Wettbewerb, schnellem technologischen Wandel und Bevölkerungsalterung zu rüsten. Seit der Neuausrichtung im Jahr 2005 mit Vorgabe von Zielindikatoren und deren laufender Evaluierung ist dieser Prozess auf gutem Weg. Den nationalen Reformprogrammen für den Zeitraum 2005 bis 2008 zu den Schwerpunkten Wettbewerbsfähig-

keit, Innovationen, Forschung und Entwicklung sowie Bürokratieabbau und Deregulierung, die auch zum gegenseitigen Lernen und zur Verbreiterung von Best-Practice-Modellen inspirieren sollen, folgten im Jahr 2006 nationale Fortschrittsberichte. Diese wurden von der Europäischen Kommission evaluiert.

Sie attestierte, dass in den einzelnen Strukturfeldern viele konkrete Reformen bereits umgesetzt wurden oder sich in Umsetzung befinden. Fortschritte im Forschungsbereich, bei der Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben sowie Reformen beim

Arbeitsmarkt haben positive Effekte gezeigt (Grafik 22).

Eine Reihe von Reformen wie z. B. die Steuerreformen, Pensionsreform, Verwaltungsreform und die substanzielle Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung haben auch in Österreich maßgebliche Veränderungen gebracht und sind von IWF und OECD gut beurteilt worden.

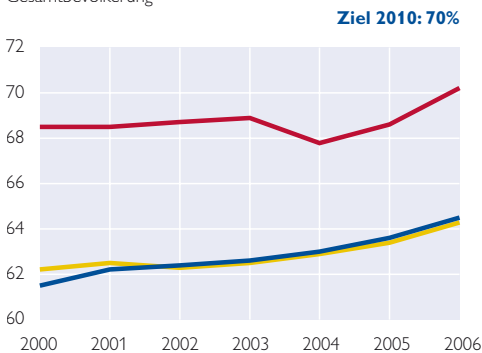
Beispielsweise steigt die österreichische Forschungsquote kontinuierlich. Sie konnte im Verlauf der letzten 10 Jahren den EU-Durchschnitt überschreiten und bewegt sich in Rich-

Grafik 22

Strukturreform der Lissabonagenda bringt erste Erfolge

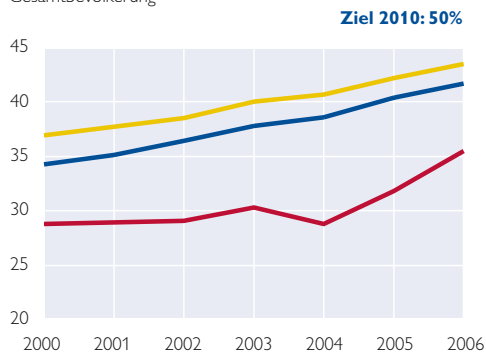
Beschäftigungsquote – insgesamt¹

15- bis 64-jährige Erwerbstätige in % der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung



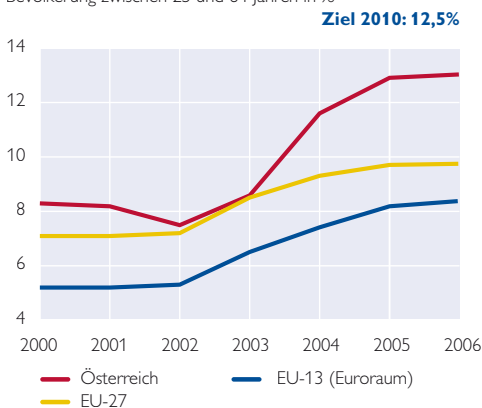
Beschäftigungsquote – ältere Erwerbstätige¹

55- bis 64-jährige Erwerbstätige in % der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung



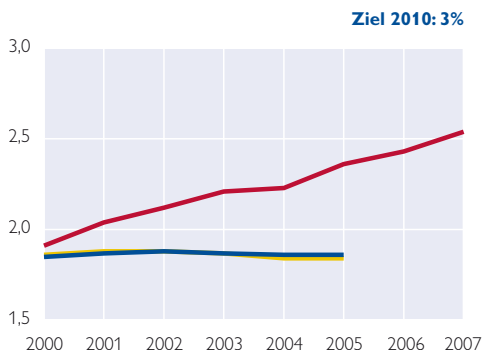
Lebenslanges Lernen – insgesamt¹

Anteil der an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in %



Ausgaben für Forschung & Entwicklung

in % des BIP



Quelle: Eurostat.

¹ Österreich: 2004 Umstellung der Mikrozensushebung.

tung 3 % des BIP (Schätzung 2007: 2,54 %, 1998: 1,77 %, 1990: 1,36 %). Die Steuerquote wurde seit 1998 (44,1 %) auf 42,1 % (2006) rückgeführt. Beschäftigungs- und Wachstumspakete haben dazu beigetragen, dass die Beschäftigung bei kräftiger Zunahme des Arbeitskräfteangebots stark ausgeweitet werden konnte und die Arbeitslosigkeit rückläufig ist.

Die beiden zentralen Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik – die fortschreitende internationale Integration und die Alterung unserer Gesellschaften – erlaubt aber keinen Reformstillstand. Österreich muss vielmehr im Rahmen der Lissabon-Agenda seine Struktur- und Standortpolitik dynamisch und wettbewerbsfähig weiterentwickeln. Die neue österreichische Bundesregierung hat ein klares Bekenntnis für diesen Weg abgegeben.

Seit 2007 Euro in 13 Ländern, EU umfasst 27 Länder

2006 war ein wichtiges Jahr für die europäische Idee einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Zielen politischer Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität. Die europäische Integration machte in ihren beiden Dimensionen – Erweiterung und Vertiefung – weit reichende Fortschritte. Am 1. Jänner 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei. Damit wurde die fünfte Erweiterungsrunde abgeschlossen, die im Mai 2004 mit der Aufnahme von zehn zentral-, süd- und osteuropäischen Ländern in die EU begonnen hatte. Die neuen Länder haben sich in den mittlerweile drei Jahren der EU-Zugehörigkeit durch Strukturreformen wirtschaftlich gut entwickelt, ihr Wachstum bleibt weiterhin kräftig. Slowenien führte mit 1. Jänner 2007 als 13. Land den Euro als offizielle Währung ein.

Diese Erweiterungsschritte belegen die unverändert hohe Anziehungskraft des europäischen Integrationsmodells. Die Aussicht auf wirtschaftlichen Wohlstand und politische Kooperation haben das Zusammenwachsen des Kontinents entscheidend beschleunigt.

Die Konvergenzbemühungen einiger neuer Mitgliedstaaten für die Euro-Einführung sind allerdings etwas ins Stocken geraten, und die beabsichtigten Termine der Euro-Einführung sind damit nach hinten verschoben worden. Eine Teilnahme im Euro-Raum erfordert, dass die Voraussetzungen für die realwirtschaftliche und rechtliche Konvergenz gegeben sind, die Konvergenzberichte von Europäischer Kommission und EZB erstellt sind und das positive Votum des Europäischen Rates vorliegt. Der vollzogene Beitritt Sloweniens zum Euroraum ist Folge des erfolgreichen Konvergenzprozesses der vergangenen Jahre. Diese Konvergenz wurde durch eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik und strukturelle Reformen gefördert. Mitte Mai 2007 wurden die Konvergenzberichte von Malta und Zypern erstellt. Nach positiver Bewertung durch EZB und Europäischer Kommission fällt die Entscheidung über die Euro-Einführung – voraussichtlich Anfang 2008 – in den kommenden Wochen.

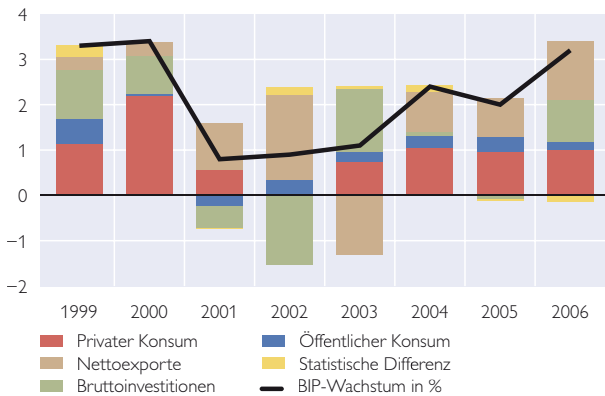
Wirtschaftswachstum beträgt in Österreich mehr als 3 %

Österreichs Volkswirtschaft profitierte im Jahr 2006 von der robusten internationalen Konjunktur. Das reale BIP-Wachstum lag mit 3,2 % deutlich über dem Wert von 2005 und erreichte annähernd den Wert des Hochkonjunkturjahres 2000 (+3,4 %). Auch blieb das Wirtschaftswachstum

Grafik 23

Breit basiertes Wachstum des realen BIP**in Österreich im Jahr 2006**

Beitrag in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria, WIFO.

kräftiger als bei Österreichs größten Handelspartnern Deutschland und Italien. Der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum betrug wie schon in den Jahren davor rund $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt. Wachstumsträger waren in erster Linie der Export und die Investitionen. Die Warenausfuhren überschritten erstmals die 100 Mrd EUR-Grenze, ihr Anteil am BIP stieg auf 43 % – zusammen mit den Dienstleistungsexporten sogar auf 56 %. Die Investitionen trugen erstmals seit 2003 wieder stark zur Wachstumsbeschleunigung bei. Der private Konsum steuerte rund ein Drittel des Wachstums bei (Grafik 23).

In den Jahren 2007 und 2008 bleibt die Konjunktur kräftig. Erste Daten, vorausseilende Indikatoren und die aktuellen Prognosen signalisieren, dass in Österreich heuer wiederum ein reales BIP-Wachstum um die 3 % oder darüber zu erwarten ist.

Inflationsrate bleibt in Österreich unter 2%

Mit einer HVPI-Inflationsrate von 1,7 % unterschritt Österreich – wie schon durchgängig seit 1999 – abermals den Durchschnitt des Euroraums (Grafik 24). Innerhalb der EU gehörte Österreich im Jahr 2006 ebenfalls zu den preisstabilsten Ländern und wies gemeinsam mit den Niederlanden die viertgeringste Inflationsrate hinter Polen, Finnland und Schweden auf. Klammert man den durch die Rohölpreishausse aufgetretenen Kostenschub im Energiesektor aus, wäre der Preisauftrieb in Österreich mit 1,3 % noch um fast $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt geringer ausgefallen. Ein ähnliches Bild ergibt sich seit der Euro-Bargeldeinführung im Jahr 2002. Die durchschnitt-

Grafik 24

Weiterhin niedrige Inflation in Österreich und im Euroraum

Veränderung des HVPI zum Vorjahr in %



Quelle: Eurostat.

liche jährliche Inflationsrate lag ebenfalls bei nur 1,7% und damit deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt.

Innerhalb der Warengruppen zeigt sich für die Periode seit 2002 das erwartete Bild: Preistreiber waren in erster Linie Produkte aus dem Bereich Energie, überdurchschnittlich blieben seit 2002 auch die Preisanhebungen bei Dienstleistungen. Die Preise für täglich oder wöchentlich konsumierte Produkte entwickelten sich – wie speziell errechnete Warenkörbe zeigen – etwas überdurchschnittlich. Die Euro-Bargeldumstellung hatte damit keine nennenswerten Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau.

Von Jänner bis April 2007 blieb die Teuerung in Österreich unter 2%, was auch für das Gesamtjahr erwartet wird.

Deutlich rückläufige Arbeitslosigkeit bei kräftigem Beschäftigungswachstum

Im Sog der Konjunkturerholung verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Österreich deutlich, die Arbeitslosenquote sank von 5,2% (2005) auf 4,8% (2006) (Grafik 25). Die Beschäftigungszuwächse fielen kräftig aus, insgesamt konnten laut Statistik Austria im Jahr 2006 fast 80.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, wovon knapp die

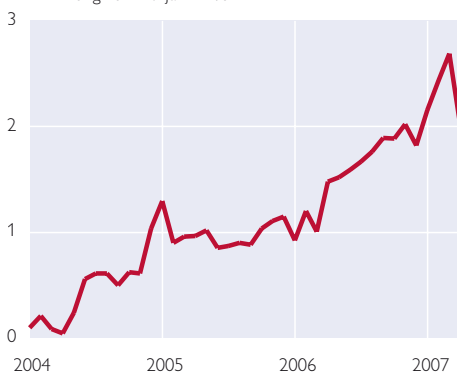
Grafik 25

Starker Rückgang der Arbeitslosigkeit in Österreich bei kräftigem

Beschäftigungswachstum

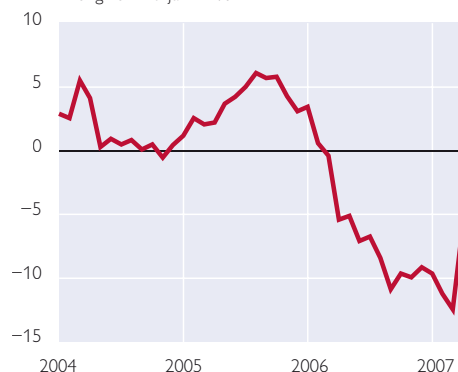
Unselbstständig Beschäftigte

Veränderung zum Vorjahr in %



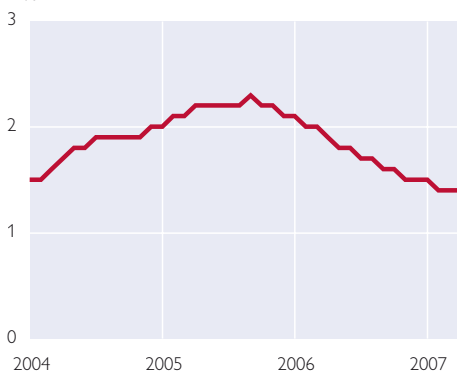
Arbeitslose

Veränderung zum Vorjahr in %



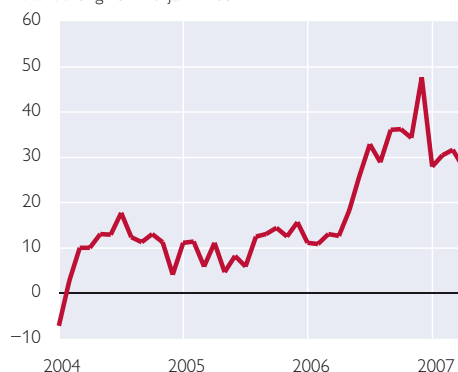
Arbeitslosenquote

in %



Offene Stellen

Veränderung zum Vorjahr in %

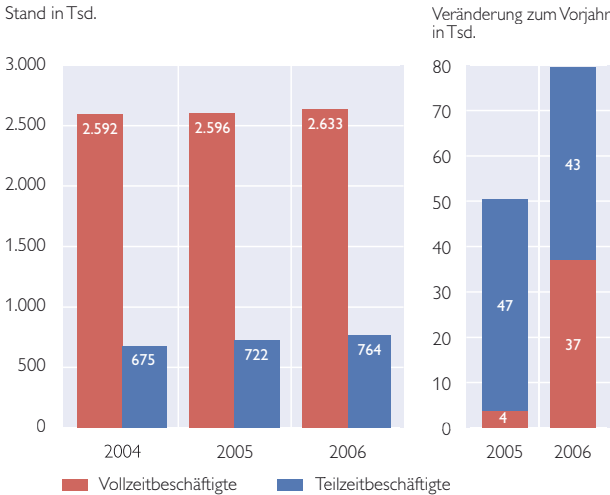


Quelle: HSV, AMS Österreich, Eurostat.

Grafik 26

Rund 80.000 Beschäftigte mehr im Jahr 2006

Beschäftigungsverhältnisse



Quelle: Statistik Austria – Mikrozensus.

Hälfte auf Vollzeitjobs entfiel (Grafik 26). Temporäre Faktoren, wie der milde Winter für den Bausektor oder die gute Saison im Wintertourismus, verstärkten gegen Ende 2006/Anfang 2007 die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Das Beschäftigungswachstum – in den ersten vier Monaten 2007 nahm die Zahl der unselbstständig

Beschäftigten um deutlich über 2 % zu – liegt so hoch wie zuletzt 1990/91. Der Beschäftigungszuwachs ist inzwischen auch so stark, dass trotz des weiterhin steigenden Arbeitskräfteangebots die Arbeitslosigkeit deutlich sinkt. Für 2007 sind die Prognosen daher optimistisch: Die Arbeitslosenquote dürfte knapp über 4 % betragen.

Weiterer Budgetdefizitabbau in den kommenden Jahren

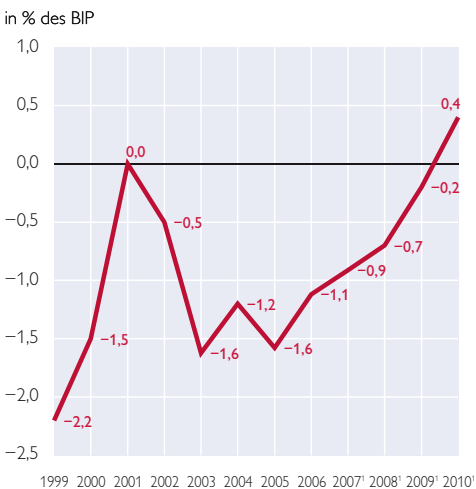
Die hohen Steuermehreinnahmen aufgrund der günstigen

konjunkturellen Entwicklung trugen in Österreich maßgeblich zum Rückgang (2005: -1,6 %) des gesamtstaatlichen Budgetsaldos auf -1,1 % des BIP im Jahr 2006 bei (Grafik 27). Damit blieb die Defizitquote niedriger als in vielen Ländern bzw. als im Durchschnitt des Euroraums, innerhalb der EU-27 liegt Österreich im

Grafik 27

Österreich auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Budget

Budgetsaldo soll 2010 einen Überschuss ausweisen



Quelle: BMF, Statistik Austria.

¹ 2007 Notifikation und ab 2008 Stabilitätsprogramm vom März 2007.

Schuldenquote kontinuierlich rückläufig



Mittelfeld. Angesichts der robusten konjunkturellen Verfassung hätte der Budgetsaldo noch besser ausfallen können, wie auch der IWF in seiner Artikel IV-Konsultation Ende des Jahres 2006 festhielt. Der Defizitabbau fiel mit 0,5 Prozentpunkten wesentlich geringer aus als im Euroraum (0,9 Prozentpunkte). Umso mehr sollte die gute wirtschaftliche Situation genutzt werden, um Maßnahmen zu setzen, die das Erreichen eines leichten Budgetüberschusses im Jahr 2010 in Höhe von 0,4 % des BIP sichern.

Entsprechend seiner Zusagen im Rahmen des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts sollte Österreich in der aktuellen Konjunkturlage zumindest eine jährliche Verbesserung seines strukturellen Budgetsaldos im Ausmaß von 0,5 % des BIP anstreben. Die im Jahr 2005 zwischen Bund, Länder und Gemeinden akkordierte Verwaltungsreform sollte daher so rasch wie möglich umgesetzt werden. Die bereits lang vorbereitete, mittelfristig orientierte Haushaltsrechtsreform sollte im Parlament beschlossen und umgesetzt werden.

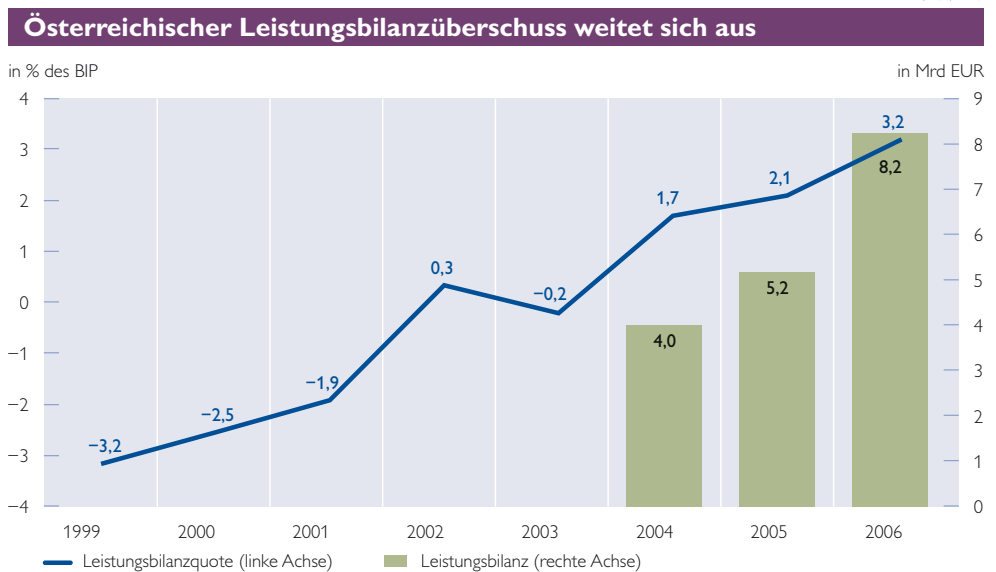
Weitere Schritte sind nötig, um das Gesundheitssystem auf eine langfristig solide Basis zu stellen. Die Reform der Invaliditätspension sollte darauf Bedacht nehmen, eine Umgehung der verschärften Frühpensionsregelungen zu vermeiden.

Per Ende 2006 betrug die gesamtstaatliche Schuldenquote 62,2 % des BIP. Der seit 2002 in Österreich abwärts gerichtete Pfad der Schuldenquote unterschreitet laut Stabilitätsprogramm im Jahr 2008 die 60-Prozent-Marke. Bis 2010 soll sie auf 56,8 % abnehmen.

Rekordüberschuss in der Leistungsbilanz

Österreichs Leistungsbilanz schloss das Jahr 2006 mit einem noch nie da gewesenen Überschuss von 8,2 Mrd EUR. Damit setzte sich der seit einigen Jahren beobachtbare Trend steigender Leistungsbilanzaktiva fort. Gemessen am BIP erreichte der Leistungsbilanzüberschuss 3,2 %; zu Beginn der Währungsunion im Jahre 1999 hatte Österreich noch ein Defizit im selben Ausmaß (Grafik 28).

Grafik 28



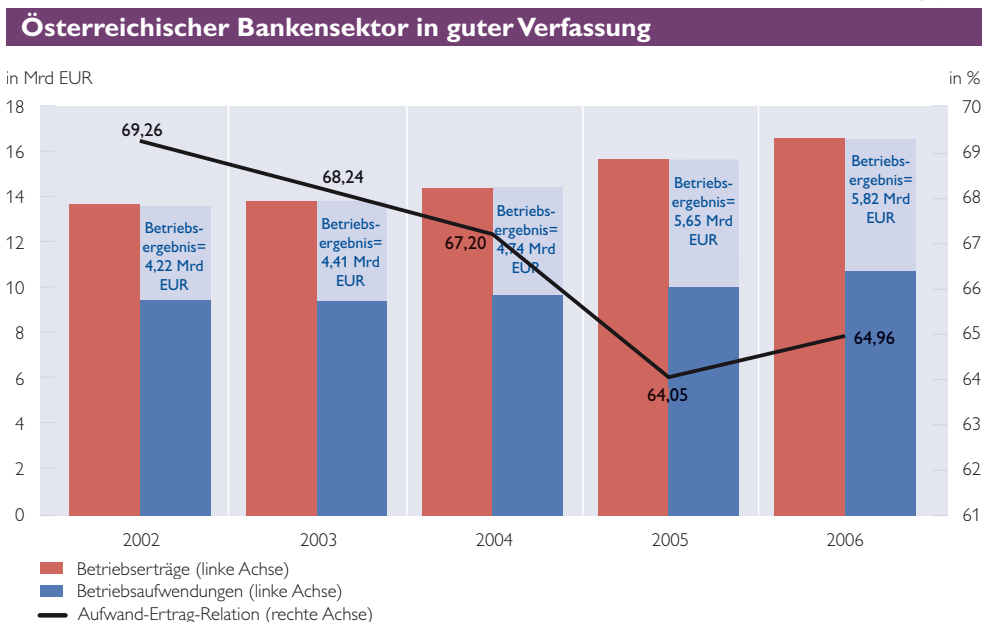
Die weitere Verbesserung der Leistungsbilanz um 3 Mrd EUR (2005: 5,2 Mrd EUR oder 2,1 % des BIP) war vor allem auf den dynamischen Außenhandel zurückzuführen. Den größten Überschuss erzielte die österreichische Volkswirtschaft jedoch im Handel mit Dienstleistungen (10 Mrd EUR). An erster Stelle lag der traditionell starke Devisenbringer „Tourismus“, der knapp 6 Mrd EUR beitrug.

Mit wachsenden Leistungsbilanzüberschüssen entwickelt sich Österreich parallel dazu zum Kapitalexporteur (7 Mrd EUR): Die österreichische Volkswirtschaft hat 2006 Direktinvestitionen im Ausland – in Form von strategischen Unternehmensbeteiligungen – in Höhe von 3 Mrd EUR getätigt. Im Bereich der Portfolioinvestitionen wurden zwar netto 10 Mrd EUR importiert, dem stand aber im Einlagen- und Kreditgeschäft der Banken ein außergewöhnlich hoher Kapitalexport von 13 Mrd EUR gegenüber.

Finanzsektor in guter Verfassung

Der österreichische Bankensektor entwickelte sich 2006 weiter recht dynamisch. Die unkonsolidierte Bilanzsumme erhöhte sich um rund 10 % auf knapp 800 Mrd EUR. Das unkonsolidierte Betriebsergebnis des Bankensektors stieg im Jahr 2006 um 3,1 % auf 5,8 Mrd EUR. Die Betriebserträge wuchsen schwächer als die Betriebsaufwendungen und führten 2006 zu einem leichten Anstieg der Aufwand-Ertrag-Relation auf knapp 65 %; dennoch hat sich diese Relation bei längerfristiger Betrachtung deutlich verbessert (Grafik 29). Das Wachstum wurde maßgeblich vom Auslandsgeschäft getrieben, wobei insbesondere die Tochtergesellschaften in Zentral-, Ost- und Südosteuropa wiederum einen bedeutenden Beitrag zur Rentabilität des österreichischen Bankensektors lieferten. Österreich ist in dieser Region mittlerweile zum größten Investor aufgestiegen und hält einen Marktanteil von durchschnittlich 25 %.

Grafik 29

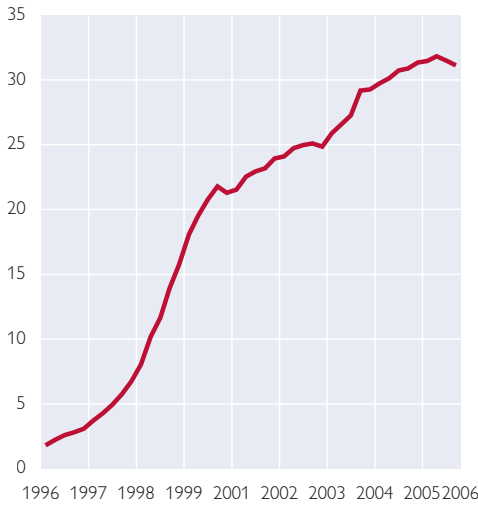


Quelle: OeNB (Quartalsbericht).

Fremdwährungskredite an private Haushalte haben Plafonds erreicht

Fremdwährungskredite

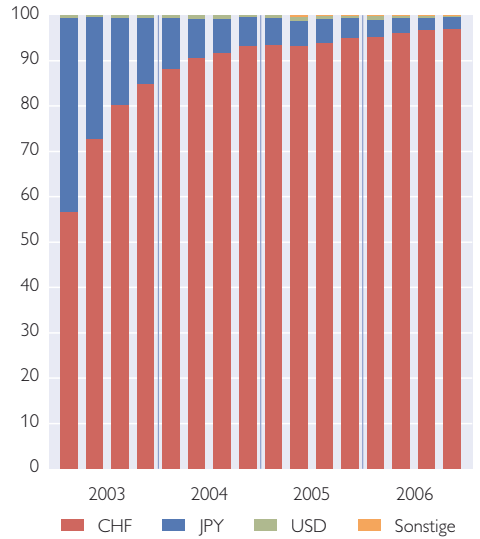
Anteile an den gesamten Ausleihungen in % (Quartalswerte)



Quelle: OeNB.

Währungsstruktur der Fremdwährungskredite

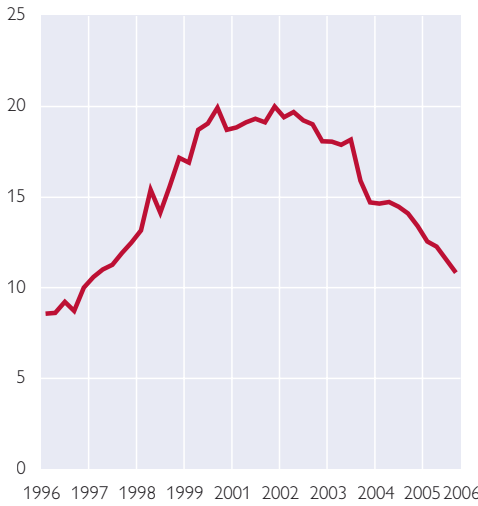
Anteil an den Beständen in % (Quartalswerte)



Fremdwährungskredite an Unternehmen rückläufig

Fremdwährungskredite

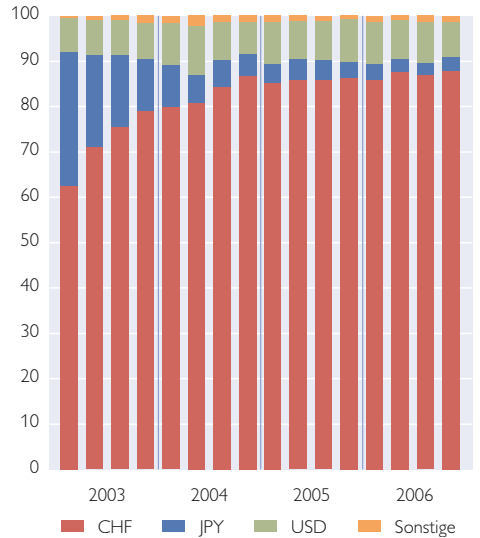
Anteile an den gesamten Ausleihungen in % (Quartalswerte)



Quelle: OeNB.

Währungsstruktur der Fremdwährungskredite

Anteil an den Beständen in % (Quartalswerte)



Das Betriebsergebnis der österreichischen Bankentöchter in Zentral-, Ost- und Südosteuropa hat sich in der Zeit von 2002 bis 2006 mehr als verdoppelt, und einige österreichische Banken erwirtschaften bereits die Hälfte ihres jährlichen Konzernergebnisses in diesen Regionen.

Andere Finanzintermediäre, wie Investmentfonds und Pensionskassen, knüpften an die gute Entwicklung der vergangenen Jahre an und erreichten neue Höchststände beim Vermögensbestand.

Auch der österreichische Kapitalmarkt gewinnt immer mehr an Bedeutung. Der Aktienindex ATX der Wiener Börse beendete das Jahr 2006 mit einem Rekordstand von 4.463 Punkten. Bis Ende April 2007 erhöhte sich der ATX weiter um fast 6%. Die Marktkapitalisierung inländischer Aktien erreichte Ende 2006 bereits mehr als 56% des BIP.

Obwohl der IWF dem österreichischen Finanzsektor grundsätzlich ein positives Zeugnis ausstellt, sieht er durch dessen starkes Engagement in Zentral-, Ost- und Südosteuropa auch höhere Risiken. Eine effektive Zusammenarbeit zwischen Heim- und Gastlandaufsicht grenzüberschreitend tätiger Bankengruppen wird daher zunehmend wichtiger. Laut IWF sollen auch die Entwicklungen bei den Fremdwährungskrediten genau beobachtet werden. Diesbezüglich ist im Jahr 2006 eine geänderte Haltung der österreichischen Bevölkerung zu konstatieren. Der Anteil der Fremdwährungskredite, die vom Schweizer Franken klar dominiert werden, am Volumen aller Kredite ist in Österreich von 20,2% (2005) auf 18,9% (2006) gefallen. Vor allem Unternehmen ziehen sich aus dieser Finanzierungsform zurück, während die von den privaten Haushalten aufgenom-

menen Fremdwährungskredite auf hohem Niveau stagnieren. Intensive Informationsaktivitäten von OeNB und FMA über diese Kreditform haben zu dieser vorsichtigeren Haltung beigetragen (Grafiken 30 und 31).

Österreich profitiert von EU, Währungsunion und EU-Erweiterung erheblich

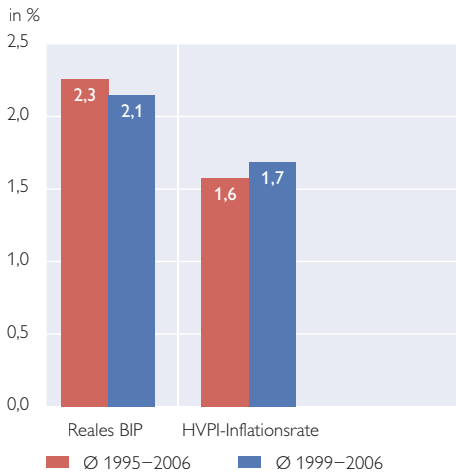
Die Mitgliedschaften in der EU und Währungsunion haben beträchtliche Wohlfahrtsgewinne für Österreich generiert. Insbesondere seit Beginn der Währungsunion nimmt Österreich bei Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität eine Spitzenposition ein. Ähnliches gilt für das Wohlstandsniveau der Bevölkerung. Beim BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten nimmt Österreich im Jahr 2006 mit rund 30.000 EUR innerhalb der EU Rang 5 ein.

Österreichs Wirtschaft wuchs im Durchschnitt seit dem EU-Beitritt um 2,3% p.a. und seit Beginn der Währungsunion um jährlich 2,1%. Die ersten elf Jahre der EU-Mitgliedschaft waren mit einer durchschnittlichen jährlichen HVPI-Inflationsrate von 1,6% eine Ära der Preisstabilität. Seit der Einführung des Euro im Jahr 1999 war die Teuerung mit jährlich durchschnittlich 1,7% – trotz wiederholter Angebotsschocks (Erdöl, Nahrungsmittelsektor) – ebenfalls sehr niedrig.

Die Außenwirtschaftsverflechtung Österreichs hat weiter zugenommen: Die Exportquote (Waren- und Dienstleistungsexporte in Prozent des BIP) erhöhte sich seit dem EU-Beitritt von über 35% bis zum Jahr 2006 auf rund 56% (Grafik 32). Sehr dynamisch war die Entwicklung auch bei den Direktinvestitionen, die mittlerweile aktiv- und passivseitig jeweils über 20% des BIP ausmachen (1995: pas-

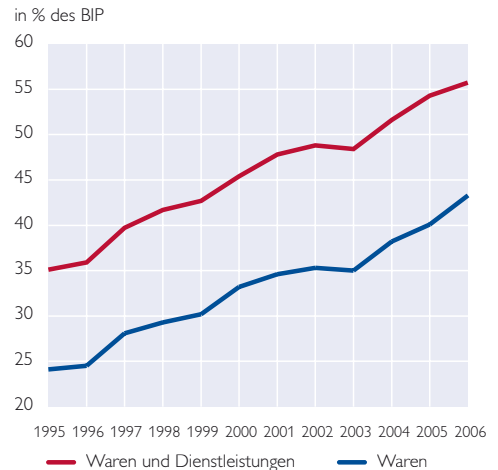
Österreich profitiert von EU, Währungsunion und Osterweiterung

Wirtschaftswachstum und Inflationsrate



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Exportquote



sivseitig 8%, aktivseitig 6%). Die Finanzverflechtung mit dem Ausland erreichte Ende 2005 einen neuen Höhepunkt: Aktiva und Passiva beliefen sich erstmals auf mehr als 1.000 Mrd EUR. 2006 wuchsen sie weiter und machten bereits das Viereinhalbfache der österreichischen Wirtschaftsleistung (2006: 256 Mrd EUR) aus.

Als Drehscheibe zwischen Ost und West ist Österreich auch Hauptnutznießer der EU-Erweiterung. Die Exporte Österreichs nach Zentral- und Osteuropa beliefen sich im Jahr 2006 auf rund 17%. Diese Region war im Jahr 2005 mit einem Anteil von 46% auch das bedeutendste Zielgebiet für österreichische Direktinvestitionen.

Zahlreiche OeNB-Projekte im Dienste der Kunden

Die OeNB genießt in der Öffentlichkeit seit langem eine hohe Reputation. Unterstützt wird dies durch unsere Leitwerte Stabilität, Sicherheit und Vertrauen, die auch im Eurosystem tragende Elemente sind. Auch in den kommenden Jahren ist es vorran-

giges Ziel der OeNB, der österreichischen Bevölkerung, Wirtschaft und Politik in einer zunehmend globalisierten Wirtschafts- und Finanzwelt diese Leitwerte glaubwürdig zu vermitteln. Um für die Herausforderungen der kommenden Jahre gerüstet zu sein und ihre Position als wissensbasierte Dienstleisterin weiter auszubauen, hat sich die OeNB ehrgeizige Ziele gesetzt.

Die organisatorische Weiterentwicklung der OeNB im Sinn einer modernen, effizienten und schlanken Zentralbank mit hoher Kundenorientierung bleibt dabei eine hohe Priorität.

Einige Beispiele sollen das verdeutlichen:

- 2006 war die OeNB bei der Bewältigung der beiden Problemfälle BAWAG P.S.K. und Hypo Alpe-Adria-Bank International AG u. a. durch umfassende Analysetätigkeiten und Vor-Ort-Prüfungen aktiv in die Aufklärung, im Fall der BAWAG P.S.K. auch maßgeblich in die Erstellung von Lösungskonzepten eingebunden.

- Dabei konnte die OeNB die positiven Effekte und Synergien, die aus der Verknüpfung ihrer Expertisen – aus ihrem Auftrag zur Sicherung der Finanzsystemstabilität (makroprudenzielle Aufsichtstätigkeit) und aus ihrer Mitwirkung an der Bankenaufsicht (mikroprudenzielle Aufsichtstätigkeit) – resultieren, sehr gut einbringen. Die OeNB hat somit wesentlich zur Lösung dieser beiden singulären Bankenprobleme und zur Aufrechterhaltung der Finanzsystemstabilität in Österreich beigetragen.
- Mit 1. Jänner 2007 trat in Österreich die BWG-Novelle zur Basel II-Umsetzung in Kraft. Österreich war einer der ersten EU-Mitgliedstaaten, der die rechtliche Umsetzung der Basel II-Bestimmungen in nationales Recht abgeschlossen hatte, was für alle Akteure frühzeitig Rechtssicherheit gewährleistete. In umfassenden Gesprächen von Experten des Bundesministeriums für Finanzen, der FMA und der OeNB mit der österreichischen Kreditwirtschaft wurden sach- und praxisgerechte Lösungen zu rechtlichen Umsetzungsfragen ausgearbeitet. Darüber hinaus hatte die OeNB bereits frühzeitig und über mehrere Jahre hinweg eine Informationskampagne zu Basel II lanciert, die u. a. eine intensive Information der österreichischen EU-Parlamentarier, die Durchführung einer österreichweiten Roadshow gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich, die Informationsbereitstellung in Tageszeitungen, die quartalsweise Herausgabe eines Basel II-Newsletters und die Bereitstellung von Best-Practice-Leitfäden (z. B. zu den Themen Gesamtbanksteuerung und operationales Risiko) umfasste. Das Informationsangebot wurde 2006 um branchenspezifische Produkte ergänzt, und letzte Implementierungsschritte von Basel II wurden vorgenommen.
 - Bei der Realisierung von SEPA ab 1. Jänner 2008 spielt die OeNB nicht nur für den österreichischen Finanzplatz, sondern auch darüber hinaus bereits seit mehreren Jahren eine bedeutende operative Rolle. 2006 wurden die Arbeiten zu den wesentlichen rechtlichen Rahmenwerken erstellt. Bis Jänner 2008 soll es den Bürgern und Unternehmen möglich gemacht werden, pan-europäische Zahlungsinstrumente, nämlich Überweisungen, Lastschriften und Kartenzahlungen, zu denselben Konditionen wie Inlandstransaktionen zu nutzen.
 - Seit 2006 erfolgt die neue Erhebung der Zahlungsbilanzstatistik durch die OeNB in enger Kooperation mit Statistik Austria. Durch Spezialisierung auf die jeweilige Expertise – Statistik Austria auf Realwirtschaft, die OeNB auf Finanzwirtschaft – können Synergien bestmöglich genutzt und qualitativ hochwertige Statistiken mit möglichst geringer Belastung der Melder erstellt werden. Das neue Erhebungssystem ist gut angelaufen, nicht zuletzt durch die gute Kooperation der Meldepflichtigen. In Teilbereichen werden weitere Qualitätssicherungsmaßnahmen technischer und inhaltlicher Natur erfolgen, um das umfassende Informationspotenzial des neuen Systems voll ausschöpfen zu können. Auch werden bis Herbst 2007 zurück-

gerechnete Daten bis 1995 in der neuen Detaillierung und Qualität zur Verfügung stehen.

- Im Jahr 2006 wurde auch die Neukonzeption der Aufsichtsstatistik in Richtung eines risikoorientierten Meldewesens vorgenommen. Neu entstandene, grenzüberschreitende Konzernstrukturen erfordern detaillierte Risikoanalysen, um die gewohnte Stabilität des heimischen Finanzmarktes aufrecht zu erhalten.
- Aufgrund der geografischen Lage Österreichs, der Expertise der OeNB in der Bargeldlogistik und des regelmäßigen Informationsaustausches mit der Banka Slovenije konnte die OeNB einen wesentlichen Beitrag bei den Vorbereitungen für die Euro-Einführung in Slowenien und zur reibungslosen Umstellung Anfang 2007 leisten. Die Lieferung der Erstausstattung des Landes mit Euro-Banknoten erfolgte im Auftrag des Eurosystems über die OeNB. Zu diesem Zweck wurden insgesamt rund 94 Millionen Banknoten im Gegenwert von über 2 Mrd EUR von Wien nach Ljubljana transportiert.
- Die OeNB hat um die Jahreswende 2006/07 „Fünf Jahre Euro-Bargeld“ zum Anlass genommen, um die bisherigen Erfahrungen mit dem Euro-Bargeld aus verschiedenen, für die Bevölkerung, Wirtschaft und Politik interessanten Blickwinkeln zu analysieren.

Diese Bestandsaufnahme ist in der Reihe „Geldpolitik & Wirtschaft“, Ausgabe Q1/07 erschienen. Dabei zeigte sich beispielsweise, dass 62% der österreichischen Bevölkerung von den Vorteilen des

Euro überzeugt sind, die „Alltagsprobleme“ mit dem Euro deutlich geringer geworden sind und das Geldwertgefühl stetig besser wird. Beinahe drei Viertel der Österreicher beurteilen den Euro als stabile Währung. Eine niedrige Inflationsrate ist für 94% der österreichischen Bevölkerung wichtig (Grafik 33).

- Im Rahmen der EU-Präsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 brachte sich die OeNB bei zahlreichen Veranstaltungen zu geld- und währungspolitischen Themen ein.
- Nach Portugal, Polen und Ungarn stand vom 18. Oktober bis zum 14. November 2006 Österreich in Frankfurt vier Wochen lang im Mittelpunkt der von der EZB im Jahr 2003 ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe „Europa-Kulturtag“. Der Zyklus 2006 wurde von der OeNB und der EZB organisiert. 10.000 Besucher nahmen an den diversen Veranstaltungen teil.
- Die OeNB setzt – obwohl sie keine börsennotierte Aktiengesellschaft ist – anerkannte Corporate-Governance-Regeln auf freiwilliger Basis schon lange um. 2006 wurden diesbezüglich weitere Schritte gesetzt.
- Im Personalbereich wurde mit der Einführung neuer Dienstbestimmungen – wirksam seit 1. Jänner 2007 – und einer damit in Zusammenhang stehenden modifizierten beitragsorientierten Pensionskassenregelung ein zukunftsweisender Reformschritt gesetzt. Ich möchte abschließend allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, meinen Kollegen im Direktorium, den Mitgliedern des Betriebs-

Grafik 33

Österreicher kommen mit dem Euro-Bargeld gut zurecht

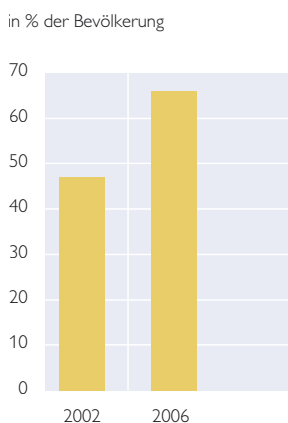
Vor- und Nachteile des Euro



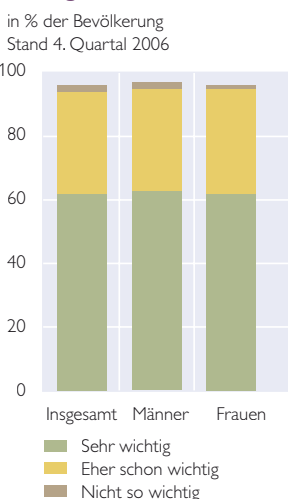
Geldwertgefühl: Abschätzung der Preise fällt Ihnen derzeit ...?



Keine Schwierigkeiten mit dem Euro haben ...



Wie wichtig ist für Sie eine niedrige Inflationsrate?



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

rats, dem Präsidium sowie allen Mitgliedern des Generalrats sehr herzlich für ihr hohes Engagement danken, welches sich in den Leistungen unseres Hauses und im nach wie vor sehr hohen Vertrauen der Öffentlichkeit in die OeNB widerspiegelt.

Die Oesterreichische Nationalbank wird auch künftig ihren intensiven Dialog mit der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Politik weiterführen und ihre Expertise in Form vielfältiger Dienstleistungen effizient einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.